

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3spaltige Beilage
jeite 4) Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Zur

Generalversammlung unseres Verbandes.

Die Generalversammlungen haben die Aufgabe, aufs neue zu prüfen, inwieweit die Einrichtungen des Verbandes mit der vorangegangenen Entwicklung gleichen Schritt gehalten und mit derselben im Einklang stehen. Sie hat die Aufgabe, an dem weiteren Ausbau und Befestigung zu arbeiten, Schäden auszubessern wo solche sich vorfinden. Sie hat auch die Aufgabe, die Wünsche, Beschwerden und Anträge der Kollegenchaft zur Geltung zu bringen.

Besonders der diesjährigen Generalversammlung ist eine sehr wichtige Arbeit vorbehalten, die endgültige Festlegung und Reorganisation des gesamten Unterstützungswesens.

Zwar hat der Vorstand durch die Ausarbeitung eines neuen Statuts schon vorgearbeitet, doch gehen die Meinungen der Kollegenkreise besonders bezüglich der gemaltigen Belastung der Klasse durch die neuen Unterstützungsleistungen noch weit auseinander und dürfte es deshalb notwendig sein, zur Klärung der Situation einiges beizutragen und besonders die gestellten Anträge einer Besprechung zu unterziehen.

Da hat zunächst die Ortsgruppe Dresden den Antrag gestellt, den wöchentlichen Beitrag von 50 auf 60 Pfg. zu erhöhen. Der Antrag ehrt ja die Ortsgruppe für ihre Opferwilligkeit. Wir gehören nicht zu denjenigen, die der Opferwilligkeit leicht Schranken setzen, — aber in diesem Falle halten wir zur Zeit eine Erhöhung der statutarischen Beiträge nicht für angebracht. Dagegen sollten aber überall die Ortsgruppen die Erhebung eines Lokalbeitrages einführen und zwar in derselben Höhe, als auch die freien gegnerischen Verbände des betreffenden Ortes erheben. Der Betrag bleibe den Ortsgruppen zur freien Verfügung; bei Streiks und Lohnkämpfen kommt es ihnen doppelt zu statten. Leider denken die meisten Ortsgruppen nur dann an Lokalbeiträge und Ansammlung der Lokalkasse, wenn sie im Kampfe stehen und Geld bedürfen, dann soll die Zentrale für alles mögliche und unmögliche aufkommen; dann sollen Zuschläge gegeben werden zur Streikunterstützung, vom ersten Tage an wird die Unterstützung verlangt usw. usw. Man beruft sich dann auf die freien Verbände, welche dies gewähren. Daß diejenigen aber das alles aus den Lokalkassen durch Lokalbeiträge bestreiten, daran denkt man vorher nicht.

Die Zentrale kann nur die Unterstützungen gewähren, welche im Statut vorgeesehen sind. Möge dieses bei den Kollegen in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden.

Die Anträge: Staffelbeiträge für gelernte und ungelernete Arbeiter einzuführen, halten wir nicht für durchführbar. Es gibt zahlreiche gelernte Arbeiter, die in ihrem Lohn nicht im entferntesten an die Löhne der Arbeiter in Hütten- und Walzwerken heranreichen. Soll beispielsweise der Schlosser, der 2.50 Mk. pro Tag verdient, 50 Pfg. zahlen, weil er eben gelernter Arbeiter ist, dagegen ein Mann, am Ofen, im Stahlwerk, der 10 Mark pro Tag verdient, soll 35 Pfg. zahlen, eben weil er ungelerner Arbeiter ist. Die guten Kollegen, die beratige Anträge stellen, gehen meistens von den Verhältnissen im Kleingewerbe und handwerksmäßigen Betrieben aus, welche aber auf die Großindustrie ganz entschieden nicht anwendbar sind. Gerade die Arbeiter der Hütten- und Walzwerksbetriebe sind oft höher bezahlte Arbeiter, trotzdem sie, streng genommen, nicht zu den gelernten Arbeitern gezählt werden können.

Als eine Trennung in gelernte und nichtgelernte Arbeiter ist nicht angängig, schon aus prinzipiellen Gründen nicht. Wir wollen keine Arbeiterschaft erster und zweiter Klasse bilden. Die nichtgelernten Arbeiter selbst haben das größte Interesse daran, daß es nicht geschieht. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiter, Gegensätze zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern zu schaffen, weil gerade die ungelerten Arbeiter davon den größten Schaden zu tragen haben. Unsere Aufgabe muß sein, die Löhne der nichtgelernten Arbeiter ebenfalls auf eine solche Höhe zu bringen, daß sie menschlich existieren können; nicht aber, daß durch eine Klassifizierung ihnen der Aufstieg erschwert wird. Staffelbeiträge können höchstens nach Lohnklassen, nicht nach gelernten oder nichtgelernten Arbeitern eingeführt werden, und dieses festzustellen, ist in der Metallindustrie ungeheuer schwierig, viel schwieriger, als sich die Antragsteller nur ohnen lassen. Der Verband wäre vollständig der Willkür des Einzelnen preisgegeben, ob er den höchsten oder niedrigsten Beitrag zahlen wollte. Niemand ist in der Lage, dieses kontrollieren zu können. Im Baugewerbe z. B. ist dieses leichter möglich, weil meistens in Lohn gearbeitet und der Lohn an einem Orte nur sehr wenig unterschieden ist und deshalb derselbe immer stabil bleibt; nicht aber in der Metallindustrie mit ihren hundertfältig verschiedenen Berufsgruppen, Lohn- und Würdssystemen in bunter Reihenfolge.

Außerdem wäre es auch unmöglich, unter 50 Pfg. als unterste Stufe herunterzugehen. Mit 30 Pfg. können sich eben nicht alle Unterstützungen leisten, selbst wenn sie prozentual abgestuft werden sollen. Es ist eine ganz falsche Berechnung, wenn die Kollegen glauben, mit 30 Pfg. Beitrag drei Fünftel von den Unterstützungen leisten zu können, welche für 50 Pfg. Beitrag festgesetzt sind. Die Kollegen vergessen dabei ganz, daß die Ausgaben für Dragan, Agitation, Verwaltung, Bildungszwecke etc. ganz dieselben sind, ob 30 oder 50 Pfg. Beitrag geleistet wird. Bei 30 Pfg. Beitrag bleibt mithin nicht bloß relativ, sondern auch prozentual weniger für Unterstützungszwecke übrig, als bei 50 Pfg. Beitrag. Dieses vor allem dürften sich die Kollegen etwas mehr ins Gedächtnis zurufen.

Wollends undiskutierbar sind die Anträge mehrerer Ortsgruppen, welche die Unterstützungen noch erhöht wissen wollen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die im Statut vorgeesehenen Unterstützungen bei 50 Pfg. dauernd in dieser Höhe geleistet, geschweige noch erhöht werden können. In Zeiten starker Mitgliederfluktuation mag es noch gehen, später aber auf keinen Fall. Durch die Unterstützungszweige wird ja zweifellos eine größere Stabilität der Mitglieder eintreten, mithin auch die Zahl der Unterstützungsberechtigten Mitglieder. Es ist für Ortsgruppen ein schlechtes Zeugnis gewerkschaftlicher Reife, wenn sie nur ins blaue Anträge stellen, ohne auch nur im geringsten sich über die Ausführbarkeit klar geworden zu sein. Nicht vom Gefühl, sondern nur mit dem Verstand können Organisationen geleitet und hochgebracht werden. Dasselbe gilt noch mehr in Dingen, wo die Finanzfrage allein entscheidend ist. Finanzfragen lassen sich weder mit schwungvollen Reden noch mit begeisterten Anträgen erledigen. Die Verbandsleitung hat gewiß keinen Grund, den Mitgliedern die Unterstützungen zu schmälern. Es kann ihr schon recht sein, wenn sich dieselben auf alle Fälle ausdehnen und vergrößern. Wir gönnen unsern Kollegen doppelt so hohe Unterstützungen wie heute — aber dann müssen die Beiträge darnach gezahlt werden. Daß z. B. die Buchdrucker, welche 1.50 Mk. Beitrag zahlen, mehr an Unterstützung

zahlen können als wir mit 50 Pfg., ist selbstverständlich. Wenn unsere Mitglieder einmal eine Mark Beitrag bezahlen, können wir auch doppelt leisten als heute. Dieser Grundsatz wird immer Geltung haben.

Zu tadeln bleibt, wenn Ortsgruppen wie Wachen I und der bergischen Bezirke, die seit Jahr und Tag aus dem Kampf und Streik gar nicht herauskommen, wenn sie trotzdem nur Anträge auf Erhöhung und Erweiterung der Unterstützungen stellen, aber mit keinem Worte auf Erhöhung der Beiträge Bezug nehmen. Jungen, unerfahrenen Ortsgruppen kann man solches schon mal durchgehen lassen, alte Ortsgruppen aber sollten sich ein solch beschämendes Zeugnis, nur das „Nehmen“, aber nicht das Geben berücksichtigen, nicht ausstellen.

Der Antrag: bei Zusammensetzung des Zentralvorstandes auch Süddeutschland zu berücksichtigen, verrät, daß die kleinliche Kirchturnspolitik in manchen Kollegenkreisen noch nicht ausgestorben ist. Sobald wir das Prinzip aufstellen, den Vorstand nach Landesanteilen zusammenzusetzen, kommt Nord- und Ostdeutschland, Mitteldeutschland usw. mit denselben Ansprüchen zur Geltung.

Daß dieses nicht möglich sein kann, sollte den Kollegen nicht noch auseinanderzusetzen notwendig sein. Ueberhaupt müssen wir der Meinung entgegen treten, als wenn der Vorstand einseitig handelte, oder als ob ein Bezirk damit mehr bevorzugt würde, wenn er ein Mitglied im Zentralvorstand hätte. Bis heute liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt. Die Orte, aus welchen sich der Verbandsvorstand zusammensetzt, haben dem Verband noch äußerst wenig gekostet, was von den Außenbezirken nicht gesagt werden kann.

Ein Vorstand, der sich aus zu weiten Bezirken zusammensetzt, ist absolut unnütz, ist bloß ein Apparat, der viel Geld kostet, aber absolut nichts leisten kann — wobei die ganze Arbeit und Verantwortung doch nur auf der Zentrale lastet. Nicht erweitern, sondern engere Zusammensetzung des Zentralvorstandes ist notwendig. Dieses dürfte wohl auch von der größten Mehrzahl anerkannt werden; es schadet indes nichts, wenn dieses auch den Kollegen zum Bewußtsein gebracht wird.

Der wichtigste Punkt unserer diesmaligen Generalversammlung bildet die Regelung der Unterstützungsfrage, insbesondere der Erwerbslosenunterstützung; hierbei gehen die Meinungen noch erheblich weit voneinander.

Die Ortsgruppe Thale beantragte statt 6 Mark pro Woche nur 3 Mark zu gewähren nach 26 Wochen bis zum jährlichen Betrag von 30 Mk., also auf nur 10 Wochen; nach einem Jahre 15 Wochen, nach zwei Jahren 20 Wochen lang. Die Gesamtleistung soll sein bei einer Mitgliedschaft von 26 Wochen 30 Mk., 52 Wochen 90 Mark, 104 Wochen 140 Mark.

Oberhausen (Rhld.) beantragte: Wer 26 Wochen Mitglied ist und die Beiträge gezahlt hat, erhält pro Tag 50 Pfennige, die Woche 3 Mark, auf die Dauer von 10 Wochen, nach 1jähriger Mitgliedschaft 1 Mark, pro Woche 6 Mk., auf 15 Wochen und dann steigend pro Jahr um 10 Pfg. mehr, bis zum Höchstbeitrag von 1,50 Mk. pro Tag, auf 20 Wochen.

Dieser Antrag würde noch eine Minderung bedeuten gegenüber Thale.

Die Bezirke Essen und Bippstadt beantragen: Die Erwerbslosen-Unterstützung bei Arbeitslosigkeit von der 1. Woche, bei Krankheit von der 2. Woche ab zu gewähren, jedoch in beiden Fällen bis zu 20 Wochen.

Die Gruppen Köln-Deutz: Mitglieder, welche erst mit 50 Jahren unserem Verbande beitreten, soll

nur die Hälfte der Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung zuzuführen.

Duisburg beantragt: Die Erwerbslosenunterstützung dahin zu ändern, daß dieselbe bei Arbeitslosigkeit nach der ersten Woche ab 13 Wochen, die Unterstützung bei Krankheit nach der zweiten Woche ab 20 Wochen lang gewährt wird.

Dagegen beantragen Bistig, Bergischer Bezirk und Aachen I die Erwerbslosenunterstützung früher eintreten zu lassen. Aachen I, die Arbeitslosenunterstützung auch auf militärische Dienstleistung auszuweihen.

Berlin fordert, eine Form zu finden, wonach es den aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidenden Arbeitern möglichst wird, sich die Anrechte an die Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen und die Begräbnisunterstützung gegen reduzierte Beiträge zu erhalten.

Dagegen verlangt Stuttgart: auf keinen Fall das Unterstützungswesen weiter auszubauen, sondern noch zu vermindern, dann mehr darauf sehen, daß eine möglichst starke Kriegsklasse geschaffen wird, um den wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber gerüstet zu sein.

Letzterem Punkt wird auch unter allen Umständen die Generalversammlung Rechnung tragen müssen.

Wie schon kurz angeführt, gehen die Meinungen noch weit auseinander. Ein kleiner Bruchteil möchte noch über das Statut hinaus, dagegen ein großer Teil will bedeutend unter die festgelegten Sätze der Statuten heruntergehen.

Wir möchten uns dahin aussprechen, die jetzt festgesetzten Unterstützungen zu belassen, auch die 20 Wochen Unterstützungsdauer.

Die Anträge von Thole, Oberhausen, Duisburg usw. gehen zu weit mit den Unterstützungssätzen herunter; es ehrt diese Kollegen gewiß, daß sie vor allem für Stärkung der Verbandskasse Sorge zu tragen bemüht sind; dürfte aber zur Zeit nicht annehmbar sein.

Der unannehmbare Antrag ist zweifellos der des Bezirks Essen und Lippstadt. Die Unterstützungssätze nach dem jetzigen Statut, 20 Wochen lang zu belassen. Die Arbeitslosenunterstützung nach der ersten die Unterstützung bei Krankheit nach der zweiten Woche zu gewähren, aber auch im letzteren Falle 20 Wochen lang.

Auch die Begründung, welche dafür angeführt ist vollständig berechtigt. Der Arbeiter der arbeitslos wird — und dies wird bei der nächsten Krise wieder in großen Massen eintreten — hat nichts als die Unterstützung des Verbandes, worauf er allein angewiesen ist. Dagegen erhält aber der Kranke Unterstützung der gesetzlichen Krankenkasse; viele sind noch in einer Hilfskasse, dann kommt noch die Unterstützung des Verbandes. In vielen Fällen dürfte da die Unterstützung bei Krankheit den Lohn der täglichen Arbeit übersteigen; auch darin liegt mehr oder weniger eine Gefahr. Dann kommt hinzu, daß bei kurzen Krankheiten noch keine dringende Not eintreten kann. Dasselbe tritt meistens erst ein, bei langandauernder Krankheit und so dürfte die Lösung der Unterstützungsfrage im Sinne des Essener Bezirks als die beste im Interesse der Kollegen bezeichnet werden.

Das Bestreben mancher Kollegentreife, nur immer das zu tun, was die Gegner machen, muß beseitigt werden. Selbständig haben wir unsere Sache zu regeln unbekümmert um die Gegner. Nicht bloß die Unterstützungsfrage, Regelung der Lohnfrage z. führt uns zusammen in die christlichen Gewerkschaften, sondern an erster Stelle unser christliches Prinzip. Dieses unsern Kollegen zum Bewußtsein zu bringen, muß unser aller Aufgabe sein. Hoffentlich wird unsere Generalversammlung in obigem Sinne die Unterstützungsfrage zur Zufriedenheit aller Mitglieder regeln.

Zur Generalversammlung unseres Verbandes.

Trotz aller Verkleinerungsversuche unserer Gegner von rechts und links schreitet unsere christl. Gewerkschaftsbewegung, besonders in den letzten Jahren mächtig voran. Der Ausspruch der Genossen, daß die christl. Gewerkschaften auf den letzten veralteten Krücken einherrumpeln, ist in glänzender Weise auf den diesjährigen 6. christl. Gewerkschaftskongress in Breslau widerlegt.

Im Gegenteil hat der Kongress bewiesen, daß die christl. Gewerkschaften selbst gerade stehen und gehen können. Den christl. Gewerkschaften gehört die Zukunft, das war die Stimmung die durch alle Nebenentscheidungen. Hat doch selbst ein Professor Combari der noch vor einigen Jahren nur für sozialdemo-

kratischen Gewerkschaften schwärmte, erklärt: Die Gründung der christl. Gewerkschaften war eine Notwendigkeit. Dieses Geständnis zeigt wieder, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Auch der christl. Metallarbeiterverband hat an der Weiterentwicklung nach außen und innen regen Anteil genommen. Dank der Führung unseres Zentralvorstandes und der Euphorie und Opferwilligkeit der Kollegen marschiert er an der Spitze der christl. Gewerkschaften.

Die demnächst stattfindende Generalversammlung in Aachen soll uns wieder ein Schritt vorwärts bringen. Aus der Fülle der gestellten Anträge will ich einige wohlgemeinte Vorschläge den Delegierten mit auf den Weg geben.

Was zunächst die Anträge betrifft, die eine Regelung der Erwerbslosenunterstützung bezwecken, so möchte ich raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Ein Maßhalten ist hier am Platze. Wir müssen stets bedenken, daß unsere Hauptaufgabe die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sein muß. Und dazu gehört Geld und wieder Geld.

Eine ganze Anzahl Anträge wünscht die Erhöhung der Zuschüsse an die Volkskasse. Hier wird die Generalversammlung nicht vorbeikommen. Sollen unter den heutigen Verhältnissen die Ortsgruppen tatkräftig einsetzen, dann muß man ihnen auch die notwendigen Mittel bereitstellen. Es kommt dem Ganzen wieder zugute. Hauptsache ist, daß die Ortsgruppen das Geld auch zweckdienlich verwenden. Es wäre zweckdienlich, daß die Ortsgruppen gehalten würden, mehr wie bisher, über die Lokalausgaben spezialisierte Angaben der Zentrale zu machen, damit diese in der Lage ist, eine Kontrolle auch nach der Richtung auszuüben. Als weitere wichtige Anträge wären diejenigen zu erwägen, die die Anstellung von freigestellten Beamten betreffen. Hier muß man sehen, daß dort, wo es unbedingt notwendig ist, auch den Bezirken entgegenkommen gezeigt wird, vorausgesetzt, daß dort die Kollegen auch etwas dazu tun. Noch ein Wort zur Beitragserhöhung.

Es hieße die Kräfte überspannen, wollte man wieder eine Erhöhung vornehmen. Gerade die Ortsgruppen und Bezirke mit schlecht entlohnerten Arbeitern sind zur Zeit dazu nicht in der Lage. Will man hier etwas tun, so würde man Staffelleistungen einführen müssen. Sind Ortsgruppen vorhanden, die bereit sind, einen höheren Beitrag zu zahlen, so kann man ja, wie es schon vielfach geschieht, einen Lokalausschlag erheben. Es kommt den Kollegen ja wieder zu gute.

Möge die Generalversammlung die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterschaft im Auge behalten. Wir sind überzeugt, daß unsere Delegierten das richtige treffen werden; dann wird auch unsere 4. Generalversammlung uns um ein Bedeutendes vorwärts bringen, im Interesse unseres Verbandes und der gesamten christl. Gewerkschaftsbewegung. Darum Glück auf zur fruchtbringenden Arbeit in Aachen; denn uns gehört die Zukunft. Hoch unser christl.-sozialer Metallarbeiter-Verband.

Thole.

A. R.

Die holländischen Bischöfe und die christlichen Gewerkschaften.

Die Berliner katholischen Facharbeiter, die nicht müde werden, sich bei ihrer Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften auf die christlichen Autoritäten zu berufen, machen neuerdings viel Aufhebens über einen Erlaß der holländischen Bischöfe zu gunsten von Fachabteilungen.

Demgegenüber drückt das katholische Organ „De Nieuwe Kruier“, das unter den Augen des Herrn Bischofs Drehmans in Roermond erscheint, einen die Wichtigkeit der christlichen Gewerkschaften scharf hervorhebenden Artikel des Brüsseler „20. Jahrhundert“ ab und jagt dann, nachdem es den Beweis erbracht, daß das langsame Fortschreiten der Arbeiterbewegung in Holland der Gleichgültigkeit der Arbeiter zuzuschreiben ist, zum Schluß:

„Und was unsere Grenzgenossen betrifft, die zu Hunderten nach Deutschland ziehen, für sie bleibt nichts anderes übrig, als Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu werden, wenn sie nicht eine Beute der Sozialdemokratie werden wollen. Abgesehen von einigen wenigen bedauerlichen Ausnahmen wird denn auch sehr viel getan, um unsere limburgischen Arbeiter aufzuklären und sie anzuspornen, sich den christlichen Gewerkschaften in Deutschland anzuschließen.“

Der geistliche Berater der Arbeiter (Malmoezenier von den Arbeit), Herr M. Souren, veröffentlicht im „Volksbod“ die folgende Notiz:

„Anlässlich des Beschlusses der hochw. Bischöfe der Niederlande, worin sie den katholischen Fachvereinen den Vorzug geben, sei mitgeteilt, daß dieser Beschluß keine Anwendung finden kann auf Arbeiter, die in Deutschland tätig sind. Da in Deutschland die Interessen dieser Arbeiter am besten durch die christlichen Gewerkschaften gewahrt werden, so wird diesen Arbeitern aufs dringendste empfohlen, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.“

Aus diesen beiden Citaten geht unzweifelhaft hervor, daß es den holländischen Bischöfen durchaus fern gelegen hat, auf die holländischen in Deutschland arbeitenden und in den christlichen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter einen Druck ausüben zu wollen. Der Erlaß der Bischöfe soll aus der Erwägung hervorgegangen sein, daß die Arbeiter im Innern des Landes für den Eintritt in christliche Fachvereine noch nicht reif sind.

Jünglingsvereine und christliche Gewerkschaften.

Ueber das Verhältnis der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine (oder wie sie auch in den Großstädten neuerdings genannt werden: „Gütliche Vereine junger Männer“) zu den christlichen Gewerkschaften schreibt H. Lic. Mumm in den kirchlich-sozialen Blättern in Nr. 8 beherzigenswerte Worte. Wenn der Verfasser z. B. sagt: „Die Liebe zum Bruder im arbeitenden Stande muß uns bringen, ihn auf die christlichen Gewerkschaften hinzuweisen“, so können wir nur wünschen, daß diese Worte vor allen Dingen an den Leitungen in der Praxis umgesetzt werden. Es ist bitter für evangelische Kollegen, die zugleich einem Jünglingsverein angehören, zu hören, wenn gesagt wird z. B. wie in Hamburg: „Unsere älteren Jünglingsvereiner sind organisiert, aber in den sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Das ist tief traurig. Wissen denn die Leitungen nicht, daß das der Anfang vom Ende ist, daß dadurch — wie Lic. Mumm ganz richtig bemerkt — tausende Vereinsmitglieder der Sozialdemokratie in die Armees gelrieben werden und für die Jünglingsvereine auf immer verloren sind? Daher sollten des öfteren in diesen Vereinen Vorträge gehalten werden über den wahren Charakter der sog. „freien“ Gewerkschaften und vor allen Dingen über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses im Wirtschaftsleben; und daß hier nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen können, ist über jeden Zweifel erhaben. Gewiß stimmen wir Lic. Mumm bei, wenn er weiter sagt: „Dazu sind eben die christlichen Gewerkschaften da, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten. Deshalb können Jünglingsvereine Gewerkschaften niemals ersetzen. Auch deshalb nicht, weil sie verschiedene Stände umfassen. Aber fördern können die Jünglingsvereine die christl. Gewerkschaften ganz gut, das liegt in ihrem Interesse. Ich glaube nicht, daß die Mitglieder, wenn sie christl. Gewerkschaftler geworden sind, dem Vereinsleben fernbleiben. Praktische Ratschläge sind in dem Artikel folgende angegeben: „Wo Persönlichkeiten dazu vorhanden sind, sollte man in jedem Verein ein Vereinsmitglied, das selbst christlicher Gewerkschaftler ist, zum Anwerber für die christliche Gewerkschaft ernennen. Dieser kann dann an die einzelnen Mitglieder, wenn sie ihre Lehre beendigt haben, herantreten und sie zum Beitritt der christlichen Gewerkschaften einladen und sie selbst das erstmal zu einer christlichen Gewerkschaftsversammlung begleiten und so sie hüten, in die ausgespannten Netze der sozialdemokratischen Vertrauensleute zu fallen.“ Wenn diese Winke befolgt werden, wird schon etwas Ersprießliches dabei herauskommen. Auch das können wir nur unterschreiben, wenn in dem Artikel zum Schluß gesagt wird: daß die Bundesgenossenschaft eine gegenseitige sein muß und daß deswegen die christlichen Gewerkschaftler darauf hinzuweisen sind, daß sie ihre Söhne an die evang. Jünglingsvereine und die katholischen Gefellenvereine weisen. „Wer die Jugend besitzt, hat die Zukunft“, daher müssen wir den Jünglings- und Gefellenvereinen mehr Beachtung schenken.

Ein evang. Jünglingsvereiner.

Die Malstatt-Burbacher Zeitung und die christlichen Gewerkschaften.

Genannte Zeitung, eine verbissene Anhängerin der Berliner Fachabteilungen des Saargebietes, läßt keine Gelegenheit vorübergehen, die christlichen Gewerkschaften anzuschwärzen, und alle Vorhimmnisse, auch wenn sie mit den christlichen Gewerkschaften nicht das Geringste zu tun haben, an die Hochstöße zu hängen und in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Unter dem 7. August bringt dieselbe einen

Bericht unter dem Stichwort: „Straßenkrawall“, es heißt dort:

„Das Gewerkschaftslokal Schweinhardt, Wilhelmstraße, bildete am letzten Sonntag den Mittelpunkt ganz unerhörter Vorgänge. Es sammelten sich dort in der Hauptsache jüngere Gewerkschaftler, die unter dem Deckmantel des Tanzkränzchens, sich der öffentlichen Lustbarkeit hingaben, an welcher jeder gegen Eintrittsgeld von 50 Pfg. am Sonntagen und 25 Pfennig an Wochentagen teilnehmen konnte. Die Polizei, die bisher der christlich-sozialen Gewerkschaft gegenüber so überaus nachsichtig war, wie dies sich zur Genüge bei dem Ständchen für Wernerus zeigte, erhielt an diesem Tage die Quittung. Als die Schutzleute nämlich dem unbotmäßigen Treiben Einhalt boten, wurden sie, nachdem sie das Lokal wieder verlassen hatten, auf der dunklen Straße mit Pflastersteinen, die zur Neupflasterung der Straße dalagen, beworfen; einem der Polizisten wurde hierbei sogar der Helm entwendet. — Das Gedränge wurde im weiteren Verlaufe immer größer, sodaß die Schutzleute, die durch die Steinwürfe selbst schwer verletzt waren, von der blanken Waffe Gebrauch machen mußten. Aber trotzdem waren sie gezwungen, vor der Uebermacht zu weichen. Angesichts solcher Vorgänge muß man die Frage stellen, wie lange derartige skandalöse Zustände in dem Schweinhardt'schen Lokale noch dauern werden.“

Hierzu ist zu bemerken:

1. Keine christlichen Gewerkschaftler haben unter dem Deckmantel des Tanzkränzchens öffentliche Lustbarkeit veranstaltet. Die Tanzschule im Lokale Schweinhardt steht mit der christlichen Gewerkschaft in keiner Verbindung.

2. Die Polizei hat bis heute noch nicht notwendig gehandelt, der christlichen Organisation gegenüber besondere Nachsicht zu üben, weil bei allen Veranstaltungen der christlichen Gewerkschaften eine geradezu musterhafte Ordnung herrschte, trotz der Masse Menschen, die daran teilgenommen haben.

3. Der Krawall am Sonntag ist dadurch entstanden, daß eine Anzahl junger Burischen im Verein mit drei Schutzleuten nach der Rückkehr des Vereins „Treue Deutsche“ bei Schweinhardt einkehrten und dort Alkohol trieben. Selbst die Schutzleute, welche angeblich die Tanzschule „revidieren“ wollten, waren scheinbar betrunken, sodaß christliche Gewerkschaftler zur Wache geschickt haben, um einen Beamten zu holen, der Ordnung schaffen sollte. In ihrem unzurechnungsfähigen Zustande zogen die erwähnten Schutzleute blank und sagten: „Wenn Ihr nicht alle fortgeht, hauen wir drein!“ Dann zählte ein Schutzmann „eins, zwei, drei“ und steckte seine Waffe wieder ein. Dieses Spiel wiederholte sich und veranlaßte die Ansammlung einer großen Anzahl Neugieriger und junger Burischen, welche das Treiben mit Johlen und Hurrah begleiteten. Nachdem dieses Theater bald eine Stunde gedauert hatte, sind Mobdies dazu übergegangen, mit Steinen nach dem Schutzmann zu werfen und dadurch entstand der Tumult. Daß hierbei die betrunkenen Schutzleute nicht die Oberhand behielten, ist nur zu erklärlich.

Es ist ja zu verstehen, wenn die „Malsstätt-Burbacher Zeitung“, ebenso wie vor dem Streik, die christlich-organisierten Arbeiter zu perunglimpfen sucht. Das Verhalten der christlichen Arbeiter bei dem Streik und nach demselben beweist aber, daß die Mobdies in Burbach anderswo zu suchen sind, als in den christlichen Gewerkschaften. Deshalb erlauben wir uns die Frage: Wie lange dauert es noch, daß derartige skandalöse Vorkommnisse ungestraft der christlichen Arbeiterschaft in die Schuhe geschoben werden dürfen. Anständige Menschen bilden sich hierüber ihr Urteil selbst.

Letzteres ist auch ganz unsere Meinung. Wenn die Berliner Fachabteilungen ihren Schäfchen vor sich windeln, mit Arbeitskommern und dergleichen die Wohnfrage zur Zufriedenheit der Arbeiter regeln zu können, so ist das eine große Täuschung und Irreführung der Arbeiter, die sich einmal bitter rächen wird. Auf das Recht der Arbeitsverweigerung als letztes Mittel, können die Arbeiter nie verzichten, wenn sie nicht wieder zu Hörigen, oder Sklaven herabsinken wollen. Die Freiheit der heutigen Arbeiter, gegenüber dem Sklaven, besteht nun einmal in nichts anderem, als frei über seine Arbeitskraft verfügen zu können. Nimmt man ihm dieses Recht, so ist die Sklaverei wieder in Permanenz erklärt. Am letzten Ende ist es auch einerlei, ob dieselben durch Gewissenszwang oder äußere Machtmittel herbeigeführt wird. Daran können alle Berliner Gaudelkunststücken nichts ändern.

Zur Hausagitation!

Es ist eine bekannte Tatsache, daß unsere Kollegen, welche sich mit der Hausagitation beschäftigen, so manche Schwierigkeiten zu beseitigen haben, ehe ihre mühevollen Arbeit von Erfolg gekrönt ist.

Besonders sind es hier oft unsere lieben Frauen, die den Mann von dem Eintritt in die Gewerkschaft abhalten. Wir dürfen dies den Frauen nicht immer verübeln, da denselben oft nicht Gelegenheit geboten ist, sich Aufklärung über den Wert der Gewerkschaft zu verschaffen. Als eine Notwendigkeit erachte ich es daher, daß sich unsere „Hausagitatoren“ in solchen Fällen in höflichem Tone an die Frauen wenden und nach den Gründen forschen, die sie dazu bestimmen, den Mann von der Gewerkschaft abzuhalten. Bei entsprechender Aufklärung dürfen uns auch Erfolge belohnen, wie folgender Fall als Beweis dienen möge.

Vor einiger Zeit besuchte ich einen Kollegen, um denselben für uns zu gewinnen; jedoch bildete auch hier dessen Frau das Hemmnis. Nach längerem Fortreden erklärte mir die Frau: „Wenn die Gewerkschaft für uns einen Zweck haben soll, dann müßten die Frauen im Falle des Todes des Mannes eine fortlaufende Unterstützung erhalten.“ Also, eine Art Pension forderte die Frau von der Gewerkschaft. Ich hatte es unstreitig hier mit einer sozialpolitisch denkenden Frau zu tun. Nachdem ich vorher schon den Wert und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erläutert hatte, begann nun für mich eine neue Aufklärungsarbeit. Zunächst machte ich der Frau an der Hand einer finanziellen Berechnung klar, daß eine derartige Unterstützung von einer Gewerkschaft nicht geleistet werden könnte. Ich erklärte des Weiteren, daß eine solche Unterstützung nur vom Staate (Reich) geleistet werden könnte.

Mit dem Hinweis, daß dieser Gedanke bereits von den deutschen Sozialpolitikern erwogen und in Form einer sogenannten „Hinterbliebenenfürsorge“ gedacht sei, welche aller Wahrscheinlichkeit nach in einigen Jahren die Verwirklichung erfahren wird, hatte ich bei der Frau dieses Kollegen sichtlich Interesse erweckt. Ich erklärte weiter, daß in erster Linie der Arbeiter selbst an der Schaffung solcher Gesetze mitarbeiten müsse, der einzelne freilich könne dies nicht, sondern nur starke christl.-nationale Gewerkschaften seien in der Lage, auf dem Wege der Petition an den deutschen Reichstag Anregung zur Schaffung und Verwirklichung solcher Gesetze zu geben. Somit sei es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Daraufhin erklärte die Frau, wenn die Sache so liege, solle ihr Mann in die Gewerkschaft eintreten.

Manchem unserer Kollegen dürfte es bei Betätigung der Hausagitation ähnlich ergehen, deshalb ist es wichtig, daß wir über alle sozialpolitische Fragen gut informiert sind. Um dies zu ermöglichen, sollte jede Zahlstelle im Besitze einer Bibliothek sein.

G. Hartmann, Dresden.

Ueber Versammlungsbesuch.

Daß die Monatsversammlung der richtige Platz ist, um unsere Mitglieder zu schulen, d. h. um ihnen Kenntnisse heizubringen, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, wird wohl jedem Kollegen bekannt sein. Es ist aber eine traurige Tatsache, das öfters Versammlungen abgehalten werden, wo nicht einmal der vierte Teil der Kollegen anwesend ist. Wenn wir auch das Fernbleiben der Kollegen nicht entschuldigen können, so trifft doch ein Teil der Schuld die Vorstände solcher Ortsgruppen. Fragen wir uns nun, woran es liegt, daß die Versammlungen so schlecht besucht werden, so finden wir in vielen Fällen, daß dieselben nicht interessant genug sind. Die Versammlungen haben dann nicht die nötige Anziehungskraft für die Kollegen.

Wollen wir, daß es in dieser Hinsicht besser wird, so müssen wir unsere Versammlungen auch in der Tagespresse frühzeitig bekannt machen. Ferner müssen auch die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden, ob man am besten die Versammlung am Sonntag morgen oder abend, oder auch an einem Wochentage abhält. Für pünktliches Beginnen ist ebenfalls unbedingt Sorge zu tragen. Es darf nicht vorkommen, daß eine Versammlung ¼ Stunde später beginnt, als sie angefangen ist. Auch hat es keinen Zweck, wenn stets über den schlechten Besuch geklagt wird. Dieses müssen doch gewöhnlich dieselben Kollegen anhören. Dann soll Bedacht darauf genommen werden, daß, wenn möglich, in jeder Versammlung ein kleines Referat gehalten wird. Es könnte da gesprochen werden über „die Arbeitsverhältnisse

am Orte“, über „das Koalitionsverhältnis“, „die Entwicklung unseres Verbandes“, „Tarifverträge“, „christliche oder Gegenorganisationen“ usw. Ein ständiges Thema sollte sein: „Die letzten Vorkommnisse in der Metallindustrie“, „Polenfragen im Verbandsorgan. Hierunter könnte man den Mitgliedern Auskunft geben über Streiks und Lohnbewegungen, sowie über das Verhalten der Gegner bei denselben. Es braucht nicht jedesmal der Vorsitzende das Referat zu halten, sondern es würde sich empfehlen, wenn ein Referentenkreis zwischen mehreren Ortsgruppen stattfände. Denn man muß die Kollegen nehmen, wie sie sind und sie soweit gewerkschaftlich erziehen, daß das Thema, worüber gesprochen wird, ihnen die Hauptsache ist, und nicht der Redner.

Würde sich an dem Vortrage dann noch eine rege Diskussion anschließen, so würde die Versammlung auch den Zweck erfüllen, zu dem sie abgehalten wird. Ferner soll eine Versammlung streng parlamentarisch geleitet werden. Es darf nicht vorkommen, daß in der Diskussion von 2 oder 3 Mann zugleich gesprochen wird. Dadurch werden manche Kollegen, welche vielleicht wichtige Aussagen machen könnten, zurückgeschoben. Dann sei zum Schluß noch darauf aufmerksam gemacht, daß eine Versammlung nicht länger als zwei Stunden dauern darf.

Wenn wir in dieser Weise unsere Versammlungen gestalten, so werden unsere Kollegen auch besser erscheinen. Wenn wir dann unsere Kollegen auf den Versammlungen zu Mitkämpfern für unsere Sache erziehen, dann werden wir auch überall dem Gegner die Stirne bieten können. Aber die ganze Arbeit darf nicht dem Vorstande allein überlassen bleiben, sondern jeder Kollege soll mitarbeiten, daß unsere Versammlungen besser besucht werden, denn „nur mit vereinter Kraft man Großes schafft.“

Kohlscheid.

J. S.

Nun, der Red. Auch unserem jungen Kollegen in Kohlscheid sei eine gute Zensur erteilt. Es ist's recht, aus Kollegenkreisen selbst müssen Anregungen erteilt werden, wie sich das Verbandsleben der einzelnen Gruppen am lebhaftesten und nützlichsten gestaltet. Wir empfehlen dieses den andern zur Nachahmung.

Die Genossen unter sich.

In Berlin tagte eine Sozialisten-Versammlung, von 2000 Personen besucht, welche eine Protestkundgebung gegen ihre eigenen Führer vom Stapel ließen. Der Gemisse Kater, Herausgeber der „Einigkeit“, war der Rufer im Streite. „Der Generalstreik und die Stellung der freien Gewerkschaften hierzu“ war das Thema.

Donnernde Anklagereden gegen die Partei und Gewerkschaftsführer wurden vom Stapel gelassen. Kater behauptete vom Parteivorstand, daß dieser sich unter die Botmäßigkeit der Generalkommission begeben habe, und mit den Parteigenossen ein unwürdiges Doppelspiel treibe. Wer Bebel's Rede in Jena und seine jetzige Haltung vergleiche, müsse sagen, daß hier eine Komödie gespielt sei. Die Generalkommission habe die Zeit der Konferenz gut gewählt, weil nach dem Fiasko der Wahlrechtsbewegung der Parteivorstand wohl am ehesten in der Verfassung war, nachzugeben. Redner bedauerte, daß der „große Bebel“ solcher Taktik zugestimmt habe, die einzig und allein dazu geeignet sei, die widerne Arbeitererschaft in der Dummheit zu erhalten und am Gängelbände herumzuführen. Solchem Eigendünkel der Führer müsse endlich einmal ein Ende gemacht werden, sonst geriete die Arbeitererschaft in ein Fahrwasser, von dem niemals eine praktische Durchführung des sozialistischen Zukunftsgedankens zu erwarten sei. Lojende Beifallstürme folgten seinen Ausführungen. In der Ansprache bedauerte ein langjähriger Gemisse, daß die sozialdemokratische Partei soweit gesunken sei, von unverlässlichen Führern geleitet zu werden, daß sie eine Partei der Lüge darstelle, die an sich selbst zu arbeiten notwendig habe. Ein überradikaler Gemisse Lange erklärte August Bebel für einen in jeder Weise politisch unzuverlässigen Charakter, ohne daß die anwesende Gemissenchaft einen hörbaren Zwischenruf des Unwillens von sich gab. Hinaus aus solcher Partei, deren Führer das Gegenteil dessen anstreben, was die Massen wollen, hinaus und hinein in den radikalen Kampf! schrie der Mann und donnernde Beifallskundgebungen folgten seinen Worten.

Der Gemisse Ströbel von der „Vorwärts“-Redaktion mußte sich, in fast einstündigen Ausführungen seinen Parteivorstand und die berufenen Parteifunktionäre, vor allem auch sich selbst, zu rechtfertigen. Sein Liebeswerben war vergebens. Er mußte sich gefallen lassen, von der Mehrheit der

Anwesenden eingeladigt und ausgezählt zu werden. Aufseher wie „Verräter“ etc. folgten, so daß Ströbel ohne jeden Erfolg von der Bühne abtreten mußte. Die große Mehrheit der Versammlung entschlöß sich zur Annahme folgender Protestresolution:

Den Beschluß des Jenaer Parteitages in der Frage der Propagierung des Klassen- resp. Generalstreiks anerkennend erklärt die heutige Versammlung:

Die Sonderabmachungen der Generalkommission der Zentralverbände mit dem Parteivorstande in bezug auf die Massenstreikfrage in der Sitzung vom 16. Februar 1906 bedeuten — nach der Darstellung Bebel's oder der Generalkommission — eine Ignorierung resp. Durchbrechung des Jenaer Beschlusses.

Die Versammlung verurteilt diese Sonderabmachung auf das entschiedenste und betrachtet die Geheimhaltung derselben als eine Väterung der Masse der Gewerkschafts- sowie der Parteigenossen. Die Versammlung spricht den Gewerkschaftsleitern, welche diese Sonderabmachungen veröffentlichten, ihre Anerkennung aus und betrachtet diese Veröffentlichung als den richtigen Weg und die ehrlichste Weise zur Injornierung der Arbeiterschaft. Die geüblichen vielfach in ehrabschneiderischer Absicht geleiteten Angriffe verschiedenster Gewerkschafts- sowie Parteiblätter gegen diese Genossen entsprechen in keiner Weise der geflissentlich betonten Toleranz, sowie dem freiheitlichen Geist in der Arbeiterbewegung, sondern verdienen mit Recht als Infamie bezeichnet zu werden. Wenn die gänzlich unmotivierete Hebe gegen die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ — entgegen deren Absicht — eine Zerspaltung der politischen Bewegung nach sich ziehen sollte, so fällt die Verantwortung hierfür denen zu, die verhindern wollten, daß die Arbeiterschaft von der wichtigen Abmachung des 16. Februar informiert werde. Ferner erklären die Anwesenden als Anhänger der Generalstreikidee, nach wie vor mit aller Energie diese zu propagieren und dafür zu sorgen, daß diese aus der Diskussion des Proletariats nicht mehr verschwinde, diese sich durch keine Sitzungs- oder Gewerkschaftskonferenzbeschlüsse in ihrer diesbezüglichen freien Meinungsäußerung behindern lassen und sehen den Folgen ihrer Handlung in dieser Sache mit Ruhe entgegen.

Angeichts dieser Zustände sollten die Herren Genossen doch besseres zu tun haben, als fortgesetzt die christlichen Gewerkschaften anzuklaffen.

Die betäubten Vohgerber

Von der roten Fokultät können ihren Jammer nicht verbeißen. In der sozialdemokratischen „Saarwacht“ vom 31. Juli greint ein Obergewisse die Burbacher Hüttenarbeiter an, welche am Sonntag auf dem Festsplatz ein so schönes Familienfest gefeiert haben. Besonders das erste gemeinschaftliche Lied ist dem betreffenden Held in die Glieder gefahren. Die 4000 Festteilnehmer werden eine „urteilslose Schar“ genannt.

Es ist auch wirklich zu hart. Vor wenigen Wochen noch haben die Genossen sich die Finger wund geschrieben über das Davonlaufen der Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und am Sonntag zogen diese „höjnen Christlichen“ 4000 an der Zahl durch Burbach, einig und stark. In der „Saarwacht“, der „Rhein. Ztg.“, der soziald. „Metallarbeiterzeitung“ usw. wurde die Deffentlichkeit angeblögen, daß auf den Genossen Böckler christliche Kaufbolde mit offenen Messern, mit Stöcken und Biergläsern einhauten, als er in der Versammlung bei Schweinhardt einige Zwischenrufe machte; am Sonntag zeigte die muster-gültige Ordnung und Ruhe abermals, daß die christlichen Arbeiter von Burbach mit Kaufbolde und Messerhelden nichts gemein haben. Allerdings, wenn es nötig ist, verhalten dieselben schon — ohne Messer und Biergläser — Rodaunmacher a la Böckler an die frische Luft zu befördern.

In einem anderen Artikel der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ wird über die Verletzung des Bezirksleiters Wernerus nach dem Saarrevier gehöhnt und Wernerus verdächtigt. Den Genossen ist es allerdings nicht angenehm, daß Wernerus hierher kommt. Eine Verdächtigung über die Sammlung von Geldern zum Bergarbeiterstreik, welche in Nachen nicht „öffentlich“ abgerechnet werden soll, kennzeichnet sich selbst als eine Liebertrachtigkeit. Die erwähnte Sammlung für die Bergarbeiter wurde erstens nicht von Wernerus geleitet, sondern von dem damaligen und jetzigen Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftsartells in

Nachen. Zweitens wurde über die Abrechnung quittiert in den Zeitungen, sowie vor sämtlichen dem christlichen Gewerkschaftsartell angehörenden Delegierten, welche die Sammlungen prüften. Den Genossen eine besondere Abrechnung zu geben, dazu haben die christlichen Arbeiter Nachens wahrhaftig keine Veranlassung.

Trotzdem dieses mehrere Male festgestellt worden ist, wird immer wieder von neuem das alte Gemälde aufgewärmt. Hier im Saarrevier machen es die Genossen in Zukunft ebenso. Die Sammlung beim Streik in Burbach hat dieses schon bewiesen. Die christlichen Arbeiter des Saarreviers werden auch hier gerade wie anderwärts, unbekümmert um die Not machen, was ihnen beliebt; dafür sind sie Manns genug.

Auf tatsächliche Feststellungen von Arbeiterverrat durch sozialdemokratische Verbändler, erwiedert die „Saarwacht“, es seien dies „Münchhausfabriken“.

In einer Gießerei bei Köln injenierten kürzlich die Genossen einen Streik, um christlich organisierte Arbeiter aus Brot und Stellung zu bringen. Als in Köln ein Tarifvertrag für die Bauhandwerker abgeschlossen werden sollte, verweigerten die Genossen die Unterschrift, — weil auch die Christlichen einen Vorteil daraus haben sollten. Aus den vielen Erbärmlichkeiten der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbändler sei eine besonders hervorgehoben: Der Streik der Genossen in Torgelow, wo 800 zumeist sozialdemokratisch organisierte Former und sonstige Arbeiter am 28. April den Tarif kündigten. Am 13. Mai war die Kündigung abgelaufen. Trotzdem die Unternehmer es ablehnten, die gestellten Forderungen zu bewilligen, zwang der sozialdemokratische Verband seine Mitglieder, die Kündigung zurückzunehmen. Um den Sieg der Unternehmer und die ganze Zännerläufigkeit des roten Verbandes fühlen zu lassen, sperrten die Torgelower Fabrikanten die Arbeiter auch noch acht Tage aus. Ohne eine Miene zu verziehen, geschweige noch an Forderungen zu denken, ließ der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Arbeiter im Stich. Grund hierzu war der vollständige finanzielle Zusammenbruch der Stuttgarter Zentralkasse. Das ist der überaus traurige Ausgang der mit großem Lament eingeleiteten Formerbewegung. Ein solches Ende ist jedenfalls eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung. — „Die Einigkeit“, eine sozialdemokratische Berliner Gewerkschaftszeitung, schrieb darüber in Nr. 28 vom 9. Juni: „Es bedarf eine wahrhaft unmenschliche Ueberwindung der widerstehen Gefühle die einen erwandeln, wenn man den Klang der Siegestrompeten hört, die in der Partei wie in der Verbändlerpresse gebläsen werden ob des großen Sieges des Metallarbeiterverbandes über die Metallindustriellen. Solche Siege hat in dem russisch-jap. Krieg Europa kein zu Duzenden ersehnt und das in Unwissenheit lebende russische Volk hat diese Meldungen mit Jubel aufgenommen, solange bis es den Betrug entdeckte.“

Im Saarrevier möchten es die Genossen allzugern gerade machen. Eine Niederlage der Arbeiter ist den Sozialdemokraten lieber als ein Sieg. Dieses Geständnis legte zurzeit der Genosse Gmoll in Essen ab, indem er erklärte:

„Ein Streik, der 14 Wochen dauert und verloren geht, ist mir lieber, als ein Streik, der 14 Tage dauert und gewonnen wird.“ Warum wohl? Weil die Unzufriedenheit und die Erbitterung der Arbeiter der günstigste Nährboden ist für die Sozialdemokratie.

Mit einer solchen Taktik wollen aber die christlichen Arbeiter im Saarrevier nichts zu tun haben. Sie wissen, was der christlich-soziale Metallarbeiterverband ihnen gebracht hat: Bewegungsfreiheit und Lohnerhöhung. Alles Geschrei der Genossen ändert hieran nichts.

Daß die vernünftig denkenden Arbeiter dies zu würdigen wissen, zeigt die ständige Zunahme der Mitglieder. In Burbach meldeten sich vorige Woche als wieder 100 neue Mitglieder an; St. Ingbert zählt jetzt schon an 600 christlich organisierte Metallarbeiter.

Diejenigen aber, welche vordem sich verirrt hatten, in den „großen freien sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverband“ kommen zur Einsicht. In St. Ingbert gehen dem Genossen Böckler die Schäfchen fast alle laufen und treten dem christlichen Verbände bei. In Burbach geht es ihm ebenso. Noch in den letzten Wochen sind in Burbach 5 Mann von den Sozialdemokraten zum christlich-sozialen Metallarbeiterverband übergetreten. Es bricht sich also auch bei diesen Arbeitskollegen die Ueberzeugung Bahn, daß ihre Interessen im christ-

lich-sozialen Metallarbeiterverband richtig vertreten werden. Den Genossen im Saarrevier aber unser herzlichstes Beileid. Wie sehr das selbe begründet ist, geht daraus hervor, daß diese Schreyer nicht einmal den Mut besitzen, ihre Mitgliederverhältnisse anzugeben. Das hat die jüngste Konferenz für das Saarrevier am 24. Juni gezeigt, über welche der „Vorwärts“ ohne Mitgliederangabe berichtet.

Hirsch-Dunker'sche Müge und die Neutralität.

Im Regulator (Organ des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, S.-D.), vom 10. August 1906 Nr. 32 war zu lesen: Eine öffentliche Müge wegen unkollegialen Verhaltens erhielt Widdede, Nr. 48 702, Witten. Was in aller Welt hat denn Herr Widdede begangen, um öffentlich gerügt zu werden. Herr Widdede hat bei der im Mai dieses Jahres in Witten stattgefundenen Gewerbegerichtswahl nicht für die sozialdemokratischen Kandidaten agitiert, sondern ist mit Eifer für die christlichen Kandidaten eingetreten. Die S.-D. Gewerkschaften hatten in Witten erst beschloffen, mit den Christlichen zu gehen, da ihnen aber bei den Genossen eher ein Mandat zusiel wie bei den Christlichen, so schloß man mit denselben nachher ein Bündnis. Daß man jetzt vom hohen Generalrat eine öffentliche Müge erteilt, zeigt so recht das Prinzip und die Neutralität dieser Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften. B.

Zum Streik auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ bei Nachen.

Am Donnerstag, den 16. August, ist ein Teilausstand der Hüttenarbeiter ausgebrochen, an welchem vorläufig zirka 850 Mann beteiligt waren; dieselben gehören teilweise dem christlichen Metallarbeiterverbande, den freien und Hirsch-Dunker'schen Organisationen an. Die Arbeiter hatten sich wiederholt an die Direktion um Lohnaufbesserung gewendet und durch den Einfluß und Mithilfe des christlichen Metallarbeiterverbandes waren teilweise Mißstände beseitigt und auch in einigen Werkstätten Lohnerhöhungen erreicht worden.

Gleichzeitig ging die Hütte dazu über, Arbeiter aus Oberschlesien heranzuziehen. Diese erhielten bedeutend höhere Löhne wie die Einheimischen, obgleich sie zumeist noch nie auf einem Eisenwerk gearbeitet hatten. Dazu kommt, daß die Hütte an qualifiziertere Arbeiter, Walzer, Schweißer usw. usw. geringere Löhne zahlt, als wie solche im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, am der Saar, in Böhlingen und in Luxemburg üblich sind. Im Laufe des vorigen Monats traten die Arbeiter wieder an die Werkleitung mit Forderungen heran bezüglich des Lohnes, der Mittagspausen und der Art der Auszahlung. Die Direktion gab keine Antwort. Dann reichten 869 Arbeiter die Kündigung ein. Die Direktion wandte sich mit einem Flugblatt an „ihre“ Arbeiter, in welchem sie die Unterschriften (die Lohnforderungen und die Kündigungen waren schriftlich, auf Sammelbogen, von welchen der Direktion eine Abschrift zugestellt wurde, erfolgt), als falsch, die Schriftstücke, zu deren Prüfung keine Veranlassung vorliege, als anonyme Eingaben erklärte. Weiter berief sie sich auf die bereits erfolgten geringfügigen Aufbesserungen und behauptete, „daß eine Gewährung der gestellten Forderungen nicht erfolgen kann und nicht erfolgen wird.“ Eine halbstündige Frühstückspause und eine einstündige Mittagspause solle zur Einführung gelangen. Dieses wäre schon erfolgt, „wenn die Anlieferung der maschinellen Einrichtungen nicht durch die vielen meist erfolglosen Arbeitseinstellungen der Former und anderer Arbeiter der Maschinenfabriken sehr verzögert worden wäre.“ Dann wendet sich die Hüttenleitung direkt an „unsere Arbeiterschaft“, mit welcher die jetzige Verwaltung seit nunmehr 31 Jahren in Frieden zusammengearbeitet hat, bis durch Verhegung und Verspielungen die Ruhe und die Zufriedenheit gestört worden sind; wir ersuchen unsere alten Arbeiter, deren Väter und Großväter in früheren Jahren, deren Söhne und Enkel jetzt ein im Vergleich zu allen anderen Gewerkschaften gutes Auskommen in guten und schlechten Zeiten gehabt haben und jetzt haben, den Versprechungen und Verlockungen, welche von gewerkschaftlichen Gegnern an sie herantreten, kein Gehör zu geben und nicht durch Kündigung ihres Dienstverhältnisses ihren regelmäßigen Verdienst, die Sicherung der Zukunft für ihre Witwen und Waisen in Frage zu stellen.“ Dann wird anae-

kündigt, daß, wenn die Zurücknahme der Kündigung nicht in einer, zur Aufrechterhaltung des Eisenwerks und der Abjastagebetriebe genügenden Anzahl erfolge, nach Ablauf der Kündigungsfrist alle Betriebe eingestellt und alle Arbeiter entlassen würden. Bis jetzt sind zickel 2500 Mann im Ausstand, welche teils unserem Verbände, teils dem Hirsch-Dunckersehen und freien Verbände angehören. Ein großer Teil ist noch unorganisiert.

Im Ausstand befinden sich bis jetzt das Thoma-Stahlwerk, das Siemens-Martin-Stahlwerk sowie die Schlackenmühle nebst Kesselanlagen und der Maschinenbetrieb. Auch den anderen Arbeitern ist zum 31. dts. Mts. ihre Kündigung zugestellt.

Die Arbeiter forderten für Schweiß- und Walzmeister 8 Mk., für alle anderen Stufen verhältnismäßig weniger bis herunter zu 3,20 Mk.; für Abjastagearbeiter 10 Proz.ohnerhöhung als Ersatz für einen höheren Abzug, den man ihnen vor fünf Jahren bei schwachem Geschäftsgange machte und den man „vergaß“, ihnen, wie versprochen, wiederzugeben. Die Hütte sagt, sie könne nichts bewilligen. Die deutsche Eisenindustrie umfaßt kein Unternehmen welches so hohe Gewinne abwirft wie der „Aachener Hütten-Aktien-Verein.“ Seit 1889 bis 1906 zahlte die Gesellschaft stets Dividenden bis 50 Prozent. Im letzten Jahrzehnt betrug sie immer 20, 25, 30, 35, 40 und 50 Prozent. Die Abschreibungen gingen jährlich in die Millionen; das Aktienkapital wurde mehrmals erhöht bis auf 11 1/2 Millionen Mark. Bei der Gründung des Montanvereins wurde der Hüttenverein mit 31 Millionen in Aufsatz gebracht; die neuen Aktien standen an der Börse auf 230. Rechnet man das Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte, so ergibt sich, daß die Aktionäre in der Zeit reichlich siebenmal ihr Kapital zurück erhielten, unterdes der Wert der Hütte auf dem Aktienmarkt auf 72 Millionen gestiegen ist.

Pro Kopf der Beschäftigten erzielte die Gesellschaft im Jahre 1904 einen Reingewinn von 600 Mark und im Jahre 1900 belief sich der Reingewinn pro Kopf der Arbeiter gar auf 945 Mk.!

Von Nichtbewilligen kann also keine Rede sein. Der Aufsichtsrat der Hütte läßt erklären, daß er mit den Maßnahmen der Verwaltung einverstanden sei; der Verein mit dem langen Namen in Düsseldorf hat sich ebenfalls solidarisch erklärt.

Etwas anderes ließe sich auch nicht erwarten, die Barone der Großindustrie sind bis jetzt gewohnt, die unbeschränkten Feudalherrschaft auszuüben, leider haben die Arbeiter der großen Hüttenwerke durch ihre Gleichgültigkeit einen Teil der Schuld mitzutragen.

Es ist die höchste Zeit, daß sie sich aufrassen, um sich der Organisation anzuschließen. Hüttenarbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Aus dem Dillkreise.

Im Kampf um das Koalitionsrecht befinden sich zurzeit die Arbeiter der Burger Hütte in unserem sonst so ruhigen Kreise. Nachdem vor einiger Zeit verschiedene größere Werke im Dillkreise die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert hatten unter entsprechender Erhöhung des Lohnes, regte sich unter den Arbeitern der Burger Hütte das gleiche Verlangen. Die Arbeiter wählten eine Kommission, welche die Wünsche der Belegschaft der Werksleitung unterbreiten sollten. Die Wünsche lauteten dahin, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und eine 15prozentigeohnerhöhung zu gewähren. Diese Forderungen waren umsomehr berechtigt, als in der schlechten Zeit die Firma die Löhne um 10 Prozent gekürzt hatte mit dem ausdrücklichen Versprechen, daß bei günstiger Konjunktur die Löhne wieder erhöht werden sollten. Auf die nun geäußerten Wünsche erklärte die Firma, auf Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation lasse sie sich überhaupt nicht ein; im übrigen wolle sie alles bewilligen, nur sollten sich die Arbeiter schriftlich verpflichten, aus der Organisation auszutreten. Dieses Ansuchen lehnten die Arbeiter ab. Nach mehrwöchentlicher Frist wurde man nochmals vorstellig. Da erklärte die Firma wiederum, sie wolle alles bewilligen, nur sollten die Leute der Organisation den Rücken kehren. Man wollte den organisierten Kollegen sogar die doppelten in die Organisation gezahlten Beiträge zurückerstatten, nur sollten sie aus dem Verbände austreten. Wiederum lehnten die Arbeiter ein solch verlockendes Anerbieten ab und reichten unter diesen Umständen sämtliche Forderungen der Burger Hütte (über 70 Mann) die Kündigung ein. Das Verhalten der Werksleitung ist unso unbegreiflicher, als die Werke des Dillkreises ganz

wortzueglich organisiert sind. Wann endlich werden unsere Arbeitgeber einsehen, daß der Kampf gegen das Koalitionsrecht ein Kampf gegen Windmühlensflügel ist? Die betreffenden Arbeiter gehören sämtlich dem christlichen Metallarbeiterverband an.

Aus Südwestdeutschland.

Stetten. Bekanntlich waren hier die Genossen vom sozialdemokratischen Verband in den Streik getreten, einzig und allein zu dem Zweck, unsere dortige Ortsgruppe zu vernichten.

Wenn sie ihrer 8 wieder zurückkehrten, um die Arbeit anzutreten zu den Bedingungen, die ihnen vor dem Streik schon zugesichert waren, so gaben sie damit zu, daß das alte Sprichwort: „Wer andern eine Grube gräbt —“ auch heute noch seine Geltung hat. Wie konnten sich aber zielbewusste Genossen von ihrem Führer blenden lassen, mit ihrem Streik „die Droschke voll Christlicher“ über den Haufen zu rennen. Dazu bedarf es denn noch etwas mehr. Unbestreitbar steht fest, die Arbeiter der Gießerei hätten bei gemeinsamem Vorgehen auf friedlichem Wege wohl 10 mal mehr erreicht, wie sie heute erzielt mit dem fünfwöchigen Streik. Einer der Biederer meinte allerdings, das sei schon genug Erfolg, wenn sie mal 5 Wochen Ferien hätten. Der Streik der Genossen ist also beendet, Dank der Einsicht des Arbeitgebers, der ihnen gerne gestattete, wieder zurückzukehren. Nun sind aber bei diesem Streik Dinge geschehen, welche eine bessere Beleuchtung bedürfen. Unser Vorsitzender geht zur Mittagspause seinen Weg zum Koffhaus; als er das Fabriktor hinter sich hatte, treten zwei Handwerksburschen auf ihn zu und fragen ihn, ob er keine Unterstützung für sie habe, da sie weiter möchten, da ja hier gestreikt würde. Unser Kollege gibt ihnen nun Aufklärung über den Sachverhalt. Auf einmal treten die beiden näher zu und verlangen in der frechsten Weise von unserm Kollegen, bis heute abend müßte er sich erklären, ob er nicht mitstreike. Nach Feierabend tritt ruhigen Blutes unser Kollege seinen Weg. Kaum zwei Schritte gegangen, treten ihm die oben genannten in den Weg in der herausfordernden Weise, sie seien Former und er ein Verräter usw. Kollege schließt sich nicht beirren, macht sie jedoch darauf aufmerksam, daß sie ihn ruhig ziehen lassen möchten. Daraufhin erhält er einen Schlag ins Gesicht, der andere fällt ebenfalls über ihn her und will zuschlagen. Unser Kollege macht in dieser Bedrängnis von seiner Waffe Gebrauch und gibt zur Warnung einen Schuß in die Luft ab. Nun stürzen aus dem Streiklokal die übrigen Genossen hervor, unter Indianergeheul, unsern Kollegen zu umzingeln. Da wird die Geschichte auch unserm Kollegen zu laut und es hätte kaum viel gefehlt, wäre es zu einer regelrechten Schlacht gekommen. Nur dem raschen Eingreifen der Behörde war es zu verdanken, daß Schlimmeres verhütet wurde. Bei der Prozessollierung stellte sich heraus, daß von den Angreifern keiner verurteilt wurde, wohl aber unser Kollege; ferner ergab sich, daß die beiden Handwerksburschen keine Former, sondern Schreiner waren, und ihnen seitens der Streikenden die Besche bezahlt wurde, um die traurige Affäre anzuzetteln.

Später wurde auf einen anderen Kollegen ein ähnlicher Vorfall inszeniert. Die Gerichtsverhandlungen über den ersten Fall werden das nähere ausweisen, und möchte der Herr Abgeordnete Sue im Reichstag dieses als Material benutzen, um seinen Kollegen mal eine ordentliche Philippika zu lesen. Die erste hat nicht viel gefruchtet, im Gegenteil, es ist schlimmer geworden.

Damit der Humor nicht fehle bei der ganzen Sache, hatten sich die streikenden Genossen ein besonderes Schildbürgerstücklein ausgeheckt und auch ausgeführt. Sie verteilten nämlich die Flugblätter gegen die vom sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell in Vörrach boykottierten Brauerei Reitter in Vörrach. Ihr Streiklokal hatten sie bei einem Wirt welcher „Reitter-Bier“ ausschenkt.

Höher gehts nimmer.

Das schönste an der Geschichte ist, das sozialdemokratische Wochenblättchen vertröstete ein auf das andere Mal die Streikenden mit einer Erwiderung auf unseren Artikel. Vielleicht weiß dort jemand, daß die Dinge nicht ganz sauber sind. Unsere Kollegen samt und sonders hatten ihren Standpunkt vertreten in der mustergültigsten Weise. Möchte das auch in Friedenszeiten sein, bis der letzte zu uns zählende Metallarbeiter in unseren Reihen steht, von Vörrach angefangen bis hinauf ins Riesental

Porzheim. Schon seit zwei Jahren hört man unter der hiesigen Arbeiterschaft der Gold- und Silberwarenindustrie, den Wunsch nach Höherbezahlung der Ueberstunden. Weil aber von den Kollegen in dieser Branche nur wenige organisiert waren, wurde diesem Wunsche der Arbeiter seitens der Fabrikanten nicht entgegengekommen.

Vor einigen Wochen hielt nun der „Deutsche Metallarbeiterverband“ und der Graveur- und Ziseleurverband eine Fasser- und Graveurkonferenz ab, in der die Forderungen aufgestellt wurden, die dieses Jahr durchgedrückt werden sollten, unter anderem auch Höherbezahlung der Ueberstunden. Der kürzlich gegründete Lokalverband der Gold- und Silberarbeiter, kam den oben genannten Verbänden zuvor und erhielt 20 Prozent Zuschlag für alle Arbeitsstunden über 60 pro Woche, bewilligt.

Der freie deutsche Metallarbeiterverband und Graveur- und Ziseleurverband schickten nun ebenfalls ihre Forderungen ein, ohne jedoch ein Wort an die Poststelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes verlauten zu lassen, wie man es ja von dieser Seite gewohnt ist.

Wir beriefen indes ebenfalls eine Versammlung christlich gesinnter Arbeiter in den Saal zum „Europäischen Hof“ ein. Es erschienen ungefähr 250 Kollegen. Unser Bezirksleiter Kollege Kollosch referierte über das Thema: „Die Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter und wie stellen wir uns dazu“. In sachlicher, objektiver Weise begründete er die von unserer Ortsverwaltung nach vorhergehender Mitgliederversammlung zusammengestellten Forderungen. Es sind dies folgende:

1. Neunstündige Arbeitszeit unter Wegfall der Vesperpausen, dafür eine 1 1/2 stündige Mittagspause.
2. Höherbezahlung der Ueberstunden und sollen bis 9 Uhr abends 25 Prozent, nach 9 Uhr als Nachtarbeit 50 Prozent, sowie für Sonntagarbeit 100 Prozent Zuschlag gewährt werden. Die Ueberstunden sollen pro Tag berechnet werden.
3. Regelung des Akkordsystems:
 - a) Ausschließen von Akkordlisten in den Arbeitsräumen, zur Kontrolle für die Arbeiter.
 - b) Gemeinschaftliche Festsetzung der Akkordsätze zwischen Arbeiter und Kabinettmeister.
4. Eine 10prozentigeohnerhöhung.
5. Dem Akkordarbeiter muß der Stundenlohn garantiert werden.

Der Referent wies auch darauf hin, daß es nicht richtig gewesen sei, von den vorgenannten vereinigten Verbänden, daß sie über die Köpfe der christlich-organisierten Arbeiter hinweg die Forderungen aufgestellt hätten. Billig und recht wäre es doch gewesen, wenn die genannten Verbände dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband eine Mitteilung hätten zukommen lassen, wegen gemeinschaftlichem Vorgehen. Wenn nun unsere Forderungen in etwas andere seien, so sei das nicht unsere Schuld, weil wir christlichen Arbeiter eben nur solche Forderungen stellen, für die wir auch die Verantwortung tragen können, und die nicht nur berechtigt, sondern auch durchführbar seien. Des weiteren verurteilte er scharf das Vorgehen des Lokalverbandes. Ein Verband der so das Prinzip der Organisation durchbricht, habe kein Anrecht auf Unterstützung seitens der Zentralverbände.

An der Diskussion beteiligte sich besonders auch der Geschäftsführer Faber vom Deutschen Metallarbeiterverband, der mit einer größeren Anzahl Kollegen dieser Richtung erschienen war. Er führte aus: Es sei nicht Schuld der beiden vereinigten Verbände, daß die Christlichen nicht zur Beratung der aufgestellten Forderungen beigezogen wurden. Es seien Einladungen an alle Fasser und Graveure ergangen, ohne Unterscheid der gewerkschaftlichen Richtung, da sich aber auf der Graveurkonferenz kein Christlicher gemeldet hätte, habe man angenommen, daß vom christlichen Verband doch nur ein paar Mitglieder inbetracht kämen. Weiter meinte er, daß die Solidarität jetzt noch gewahrt werden könne, wir sollen uns doch einfach mit ihren Forderungen einverstanden erklären, dann sei alles „ein Herz und eine Seele“. Kollege Kollosch hielt dem entgegen, daß Einladungen, die an die einzelnen Kollegen verteilt werden, doch nicht als solche für den christlich-sozialen Metallarbeiterverband betrachtet werden können. Er verwies Herrn Faber auf Schwab-Ömünd, wo die guten Vorschläge, die er heute machte, auch von den Kollegen seiner Richtung nicht befolgt würden. Dort hat sich die Christlichen an den Deutschen Metallarbeiterverband gewendet, zwecks gemeinsamer Aufstellung der Forderungen. Derselbe gab aber die Antwort an die

Christlichen, sie möchten sich ihren Forderungen erschließen, schickten aber gleichzeitig die Forderungen an die Fabrikanten, jedoch eine Beratung derselben unmöglich war. Wenn die Christlichen Forderungen stellen, dann setzen sie eine Frist dazwischen, auch die Folgen und Unkosten die dieselben eventuell haben können, zu übernehmen, das könne man aber doch nur, wenn man bei Aufstellung der Forderungen mitgeholfen habe. Zum Schwanz irgend einer Organisation lassen sich die Christlichen nicht machen. Wir müßten nun eben die Dinge nehmen, wie sie sind. Wenn nun die Arbeitgeber mit Aussperrung drohen, hätten wir keinen Grund, bei Seite zu stehen, sondern wir würden unsere Forderung mit Nachdruck zu vertreten wissen.

Nach einem kurzen Appell an die unorganisierten christlichen Arbeiter, sie sollen sich dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband anschließen, schloß der Vorsitzende Kollege Wettstein, die sehr ruhig und schön verlaufene Versammlung.

Nach Einschickung unserer Forderungen an den Arbeitgeberverband teilte uns derselbe mit, wir möchten drei Kollegen nachhaft machen, die als Delegierte zu den Verhandlungen zugezogen werden sollten. Es sind dies die Kollegen: Jos. Wettstein, Jasser, Anton Frank, Optiker und Kaver Kuhn, Kettenmacher, überdies wird auch unser Bezirksleiter Kolbsoth anwesend sein.

Kollegen, Arbeiter, ihr seht, daß der christlich-soziale Metallarbeiterverband es versteht, sich Achtung und Geltung zu verschaffen, darum haltet treu zu ihm und werbet Mitglieder für denselben und laßt nicht nach, bis auch der letzte christliche Metallarbeiter sich im christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband organisiert hat.

Preußen ist einmal wieder gerettet.

In Bentrüsch sollte am Sonntag den 12. August eine Versammlung des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes stattfinden. Der Saal war dicht besetzt, die Gendarmerte vertreten, nur die Bescheinigung über erfolgte Anmeldung nach dem Besetze des Jahres 1850 — fehlte. Darum kühlte der erscheinene Gendarm sich veranlaßt, die Versammlung aufzulösen. Weil aber nur Arbeiter einer Fabrik der Eisenwerke St. Ingbert geladen waren, glaubten diese, eine Besprechung könne wohl ohne Bescheinigung abgehalten werden. Doch der Gendarm war sich ebensovornig klar über den Begriff: „öffentliche oder nichtöffentliche“ Angelegenheiten, wie so mancher Vertreter der heiligen Germanad. Darum verfügte er, „auch diese Versammlung löse ich auf.“

Um die Zeit nicht durch unfruchtbare Auseinandersetzungen zu verschleifen, gingen die Versammlungsteilnehmer hundert Schritte weiter, auf bayrisches Gebiet und setzten sich in den Garten eines Sommerrestaurants, wo sich die Kronen der Bäume schlossen zu einem schönen Laubdach. Hier konnte Gewerkschaftssekretär Wernerus seinen Vortrag ungestört halten.

Ebenso wie die Gerichtsverhandlungen am Freitag vor dem Schöffengericht in Saarbrücken, wird sich in diesem Fall wieder herausstellen, daß Wernerus sein Gewissen nicht belastet hat, mit einem Vorgehen gegen das Vereinsgesetz aus Großvaters Zeiten. Aber — der Herr Gendarm war in diesem Fall, sowie die Polizei in den vorhergehenden Fällen, anderer Meinung. Preußen aber war mal wieder gerettet und der Ausflug hundert Schritte weiter auf bayrisches Gebiet, brachte dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband über 50 neue Mitglieder. Was dem bayrischen Königreich nicht schadete, wurde sorgfältig abgewehrt vom heiligen Preußenreiche. Der preussische Staatsbürger aber fragt mit Recht, wann wird den unhaltbaren Zuständen des veralteten Vereins- und Versammlungsrechtes ein Ende bereitet? Ein einiges Deutsches Reich, könnte auch in diesen Punkten etwas mehr Einheitlichkeit vertragen.

Streiks und Lohnbewegungen.

- Sagen.** Klemmer in Lohnbewegung eingetreten.
- Würzelen.** In der chemischen Fabrik von Honigsmann Streik ausgebrochen.
- Emmerich.** Maschlensfabrik von Gimborn Streik ausgebrochen.
- Nachen.** Hütte „Rote Erde“ Differenzen ausgebrochen.
- Duisburg.** Fittlingwerk G. m. b. H. Streik ausgebrochen.

Eisenach. Fahrzeugfabrik, Streik der Schlosser, Schmiede, Dreher und Hobler.

Guskirchen. Bei der Firma Josef Mahta, Lurnwagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.

Sattingen. Stahlgußformer der Firma Henkel im Streik.

Flensburg. Auf der Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft Streik ausgebrochen.

Werdohl. Firma Gebr. Brünninghaus Streik der Former.

Kassel. Streik der Klempner.

Sattingen. Differenzen der Former bei der Firma Henckel und Sohn.

Schönebeck a. d. Elbe. Metallwerke „Metall-Industrie Schönebeck“ wegen Lohn Differenzen Streik ausgebrochen. Arbeituchende Kollegen haben sich vorher an Kollege Franz Lypny, Schönebeck, Wilhelmstr. 18a zu wenden.

Burger Hütte (Dillkreis) Streik der Former.

Dinklage. Zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Wülheim a. Rhein. Differenzen bei der Firma Israel und Söhne zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsausprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. August der fünfunddreißigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 26. August bis 2. September 1906 fällig. Ortsvorständeorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Allenstein. Im Anschluß an den Breslauer Kongress hielt Kollege Minter-Berlin eine Agitationstour, bei welcher er auch Allenstein berührte und hier eine Zahlstelle des christl. Metallarbeiterverbandes gründete. Die hiesige Versammlung war den Verhältnissen entsprechend besetzt. Neben Vertretern der S.-D., der Sozialisten, war auch der freigestellte Beamte des Berliner kath. Fachabteilungsverbandes anwesend. Sozialisten und S.-D. beteiligten sich an der Diskussion. Der Berliner Fachabteilungs-Vertreter schwiag.

Als nach Schluß der Versammlung zur Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes geschritten wurde, wurde auch der Fachabteilungssekretär munter. Unter Hinweis auf alles Mögliche und Unmögliche suchte er im Privatgespräch seine Richtung gegen den christl. Metallarbeiterverband anzupreisen. Auf die Frage des Kollegen Minter, weshalb er nicht während der Versammlung für seine Fachabteilungen eingetreten sei, antwortete er: Die Fachabteilungen und der Berliner Verband seien mit keinem Worte angegriffen worden, weshalb er eine Wortmeldung nicht für nötig gehalten habe.

Angeichts dieser Tatsache berührt es verwundert, wenn „Der Arbeiter“ in Nr. 17 vom 19. August 1906, in bezug der Allensteiner Versammlung dem Kollegen Minter in bezug des Berliner Verbandes von „Schandorganisation“ und „Arbeiterverräter“ reden läßt. Kollege Minter hat dem Berliner „Arbeiter“ eine diesbezügliche preßgesetzliche Berichtigung zugesandt.

Bemerten möchten wir zu der Sache, daß die Vertitelung der Berliner Fachabteilungen, die der „Arbeiter“ dem Kollegen Minter unterschiebt, eine übrigens ganz zutreffende Charakterisierung für die Berliner Richtung ist; ihre seitherige Streifbrecherei beweist dieses. Aus diesem Grunde ist es denn verständlich, daß der Berliner „Arbeiter“ oder sein Gewährsmann zu einer solchen Selbstanschuldigung kommt. Einmal kann ja auch der „Arbeiter“ der so ungeheuer viel Unwahrheiten über die christliche Gewerkschaften und deren Führer verbreitet hat, die Wahrheit schreiben. Dies tut er, wenn er selbst seinen Verband als „Schandorganisation“ und der „Arbeiterverräter“ bezeichnet. Wir kondolieren.

Aufgabe der christl. Metallarbeiter soll es sein, mit Nachdruck für die Hebung der geradezu erbärmlichen Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Allensteiner Metallarbeiter zu sorgen.

Danzig. Am 2. August hielt unsere Zahlstelle eine öffentliche Metallarbeiterversammlung ab. Als Referent war Kollege Minter aus Berlin erschienen. Trotz der eifrigen Vorarbeit, von Seiten unserer Kollegen, war der Saal doch kaum zur Hälfte gefüllt. Darunter waren noch eine Anzahl Kirch- und anderer Gewerkschaften erschienen. Ein Zeichen, wie wenig der Organisationsgedanke unter der Danziger Arbeiterschaft Platz gefunden hat.

Der Referent führte den Anwesenden in seinem zweistündigen Vortrag die Wichtigkeit und Notwendigkeit der christlichen Organisation vor Augen. Redner beleuchtete die Vorteile, welche unsere Kollegen im Westen durch die Organisation errungen haben, und betont, daß hier im Osten die Arbeiter größtenteils die Schuld an ihren traurigen Verhältnissen tragen. Der Referent schilderte ferner die Entwicklung des Wirtschaftslebens, in den letzten Jahrzehnten, wie von Privatbetrieben Aktiengesellschaften entstanden sind, und wie diese nur möglichst hohe Dividenden zu erzielen suchen, welche sich beim Arbeiter in Gestalt von Lohn- und Abordrebuzierungen bemerkbar machen. Hierauf kam der Redner auf den Kampf mit der Burbacher Hütte zu sprechen und betonte, daß sowohl vom Kapital wie auch von Behörden der Organisation Hindernisse in den Weg gelegt werden. Der Referent schildert ferner den Nutzen der kürzeren Arbeitszeit, weil dann dem Arbeiter Gelegenheit geboten wird, sich gewerkschaftlich aufzuklären. Ferner wird durch Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion mehr verteilt und insolgedessen die Zahl der Arbeitslosen eingeschränkt.

Zum Schluß beleuchtete der Referent noch die verschiedenen Organisationsrichtungen, und führte die Gründe an, die es notwendig machen, uns christlich zu organisieren. Lebhafter Beifall lohnte den Referenten für seinen lehrreichen Vortrag.

Als erster Diskussionsredner meldete sich Bezirksleiter Borrath vom S.-D. Gewerksverein. Dieser sprach dem Referenten seine Anerkennung für das sachliche und inhaltreiche Referat aus, vergaß aber auch nicht die Neutralität der S.-D. Gewerksvereine hervorzuheben, was ihm aber vom Kollegen Minter widerlegt wurde. Hierauf entfaltete sich eine lebhafteste Debatte, jedoch dieselbe der vorgerückten Zeit wegen abgebrochen werden mußte. Im Schlußwort sprach Kollege Minter zu eifriger Agitation an, da hier im Osten noch ein großes Arbeitsfeld vorhanden ist. Um 12 Uhr wurde die interessante, aber leider so schwach besuchte Versammlung geschlossen. Einige Kollegen traten dem Verbands bei.

Nun Kollegen von Danzig, wollen wir auch das Gehörte beherzigen und tapfer für unsere Organisation arbeiten, damit auch hier im Osten der christliche Metallarbeiterverband wachse, blühe und gedeihe. Das gebe Gott!

Schmeidnitz. Unsere hiesige Ortsgruppe hielt mit den Holz- und Textilarbeitern am 4. August eine gemeinschaftliche Versammlung ab.

Kollege Fischer-Breslau referierte über den Kongress in Breslau und über den großartigen Verlauf, welchen derselbe genommen habe. Öffentlich werden sich auch in Schlesien seine Wirkungen bemerkbar machen und die christliche Gewerkschaftsbewegung einen kräftigen Fortschritt zu verzeichnen haben. Redner ging dann des näheren auf die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften ein. Die Sozialdemokraten wollen den Klassenkampf, die kath. Fachabteiler aber verworfen jede energische Selbsthilfe, den Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, dieselben erwarten alles vom Wohlwollen des Kapitals und des Staates, deshalb können wir beide Richtungen nicht als im Interesse der christlichen Arbeiter anerkennen. Es bleibt deshalb für den christlichen Arbeiter nur die Wahl übrig, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Dieselben haben gezeigt, daß sie mit aller Energie die berechtigten Interessen der Arbeiter vertreten; ein Beweis sind die 1 Million, welche im letzten Jahre für Lohnkämpfe verausgabt wurden. Andererseits erkennen die christlichen Gewerkschaften aber auch die Rechte der anderen Ständen an. Nicht Klassenkampf, sondern sozialer Ausgleich ist ihre Lösung.

Redner wies noch auf die Opferfreudigkeit hin. Gerade in Schlesien bedürfte es noch vieler Opfer und Kämpfe, bis die Arbeiter sich das errungen was sie in anderen Bezirken schon erreicht haben. Deshalb sollten die Kollegen nicht vor den Beiträgen zurückschrecken, im Gegenteil würden sie ihnen hundertfache Frucht bringen in bezug besserer Löhne und Arbeitsbedingungen. Redner richtete den dringenden Appell an alle christlichen Arbeiter, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Besonders an die Metallarbeiter von Schmeidnitz ergelst der Ruf, schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverbände an, damit auch für die schlesischen Metall- und Hüftenarbeiter bessere Zeiten eintreten.

Magdeburg. Das hiesige arbeitslose Gewerkschaftskartell hatte zum Sonntag, den 29. Juli eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher als Referenten: die Arbeitersekretäre Klost-Essen und Sprenger-Helmstedt gewonnen waren. Der Kartellvorsitzende stolze Faupel leitete dieselbe. Kollege Klost-Essen führte in eineinhalbstündiger Rede etwa folgendes aus: Wir alle stehen mehr oder weniger unter dem Eindrucke des am vergangenen Donnerstag in Breslau abgehaltenen 6. christlichen Gewerkschaftskongresses und halte er es für notwendig, näher auf dieselben einzugehen. Er habe schon mehreremale die Ehre gehabt, auf einem christlichen Gewerkschaftskongresse zugegen zu sein, aber auf keinem habe man so glänzend abgeschnitten, wie auf dem Breslauer. Noch auf keinem habe man so sehr die Ueberzeugung gewonnen, daß man auf der ganzen Linie vorwärts marschiere, wie auf diesem. Die Position der christlichen Gewerkschaften sei heute im rheinisch-westfälischen Industriegebiet schon eine solche, daß die freien Gewerkschaften ohne dieselben nicht mehr viel gegen dieselben aber gar nichts mehr unternehmen könnten. Und was im Süden und Westen möglich war, davon sei er überzeugt, werde auch in der Mitte und im Osten in absehbarer Zeit erreicht werden. Wenn man berücksichtige, unter welcher schwierigen Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften sich entwickelt haben, könne man mit dem Erfolge zufrieden sein. Gegner von rechts, Gegner von links, Gegner aus Ueberzeugung, Gegner wirtschaftlicher Natur, daß sei das Bild, welches sich bei Gründung der christlichen Gewerkschaften gezeigt habe und trotzdem diese Erfolge, welche sogar der Wandeburger Volksstimme das Beständnis abgerungen hätten, (wie er in eben gelesenen habe), daß man die christlichen Gewerkschaften auf die Dauer nicht mehr ignorieren könne und die freien Gewerkschaften in ihnen einen Gegner gefunden hätten, dem man keine volle Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Die Verhandlungen seien teils organisierte, teils ideeller Natur gewesen. Organisierte Natur, in ihrem ersten Teile, wo über die Vertilgung der Ortskartelle gesprochen wurde, wozu ihm (Redner) das Referat übertragen worden sei; ideeller Natur, als Kollege Diesberts über die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben gesprochen habe. Alsdann in der Dienstags-Sitzung nach der Diskussion der Herr Oberpräsident der Provinz Schlessien, Graf von Zebitz und Trützschler den Kongress im Namen der Regierung begrüßt habe, da habe man sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß nun auch die Regierung gewillt sei, die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu unterstützen und ihnen keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen. Selbst ein Professor Sombart, der seinerzeit die christlichen Gewerkschaften als totgeborenes Kind bezeichnet habe, er mußte seine Ansicht revidieren und habe sich in Breslau lobend über sie ausgesprochen. Diese Rede sei allerdings von vielen Blättern falsch gedeutet worden. Unterschreiben könne man seine Ausführungen, als er für eine einheitliche Arbeiterbewegung eingetreten sei, unterschreiben könne man auch, als er empfahl, die Gewerkschaften möchten sich unter sich selbst nicht so bekämpfen, unterschreiben könne man es nicht, wenn er sagte: „Die Weltanschauung, das Christentum habe mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun“. Hier sei zu bemerken, daß über das Christentum nur derjenige urteilen könne, der selbst auf dem Boden des Christentums stehe und das sei bei Professor Sombart nicht der Fall. Die Weltanschauung gehöre an erster Stelle an die Arbeiterbewegung. Als im vergangenen Jahrhundert an Stelle des Kleinverwerbes die Großindustrie kam, wurden die Arbeiter wirtschaftlich und politisch abhängig von dieser. Mit der Hineintragung der Heimarbeit in die Fabriken setzte die Arbeiterbewegung ein. Hier in der Großindustrie habe man den Grundriss proklamiert. Alle für den einen, ohne Rücksicht auf den andern. Dieser Grundriss mußte notwendig: rweise zur Unterdrückung der Arbeiter führen. Im Arbeiter wurde nur die Ware erblickt, die sich nach Angebot und Nachfrage regelte. Man sah im Arbeiter nicht mehr den Nächsten, sondern nur die Arbeitskraft. Von seiten des Staates habe man für die Arbeiter zu jener Zeit nichts getan. Als dann im Jahre 1869 das Koalitionsverbot aufgehoben wurde, kam die Arbeiterbewegung alsbald in sozialdemokratisches Fahrwasser. Redner geht nun ausführlicher auf die Entwicklung der freien Gewerkschaften ein und beweist, daß die Führer der Sozialdemokratie, anfangs Gegner der Gewerkschaftsbewegung waren, da sie in dieser eine Schöpfung der Partei sah erblickten, und auch heute können die Führer der Sozialdemokratie mit der Gewerkschaftsbewegung sich noch nicht recht befreunden, wie das Köln, Dresden und Jena bewiesen habe. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerks-

vereine hätten denselben Fehler gemacht und segelten in politischem Fahrwasser. Zudem hätten diese für die Besserung der Lage des Arbeiters nichts getan, da sie sich nur auf das Klassen- und Unterdrückungsproblem beschränkten. Erst in letzter Zeit gingen sie, gedrängt von allen Seiten, mehr und mehr dazu über den Charakter einer Kampforganisation aufzunehmen. Diese Gewerkschaft habe keine Grundsätze, keine Ideale und darum auch keine Zukunft. Im Laufe der Zeit streifte dann die freie Gewerkschaft die neutrale Maske ab und stellte sich offen auf dem Boden der Sozialdemokratie. Als dann die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden, suchte die Sozialdemokratie mit dem Schlagworte „Streikbrecher“, „Pfaffengewerkschaften“ usw. die Gewerkschaften totzumachen. Wenn die Genossen Bömelburg und Legien in Köln sagten: „Eine Weltanschauung trennt uns“, so sage auch er eine ganze Weltanschauung trennt uns von den freien Gewerkschaften. Eine Kluft hat sich zwischen uns und ihnen geöffnet, die unüberbrückbar ist. Aufgebaut auf dem Materialismus sei der Kapitalismus, aufgebaut auf dem Materialismus aber ist auch die Sozialdemokratie und mit dieser die freien Gewerkschaften. Ein Gebilde das sich auf dem nackten Materialismus aufbaue, könne nicht auf die Dauer bessernd wirken. Nach dem Materialismus albt es sein. Sei es, keine Vergeltung, kein außerweltliches Wesen, keinen Gott, da ist mit dem Tode alles aus. Und wenn dieses alles wahr sei, dann ist es berechtigt, wenn der Unternehmer im Arbeiter nur eine Ware erblickt und ihn danach behandelt, dann hat aber auch ein Dr. Tille recht, wenn er sagt: „Menschenrechte gehören in die Kammer der Toten“. Welche bittere Klagen habe die Sozialdemokratie gegen die Weltanschauung geführt, daß diese die Ausbeutung der Arbeiter in den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, welche mit der Ausbreitung des industriellen Großbetriebes zur Herrschaft kam, geduldet habe. Wer aber auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung stehe, habe kein Recht, hierüber Beschwerde zu führen. Vom materialistischen Standpunkte lasse sich nichts dagegen einwenden, wenn die Unternehmer die Arbeiter ausbeuten und deren Forderungen bekämpfen. Wenn die Sozialdemokratie sich auf die Menschenrechte berufe, so sei zu erwidern, daß bloß das Christentum die Menschenrechte in die Welt gebracht habe. Nur auf dem Boden der christlichen Weltanschauung können berechnete Forderungen erhoben werden, denn das Christentum überlasse es nicht der Willkür der menschlichen Machthaber, zu bestimmen, was als Recht unter den Menschen zu gelten habe. Redner geht nun auf den Bergarbeiterstreik ein und erinnert auch an die Fusion im rheinischen Kohlenbergbau, wo der Kohlen-gewaltige Herr Stinnes die Zeche Siberg stillgelegt und damit eine ganze Komune ruiniert habe und auch dagegen vom materialistischen Standpunkte nichts eingewendet werden könne, erinnert dann an den Ausspruch des Herrn Rirdorf: „Wir verhandeln nicht, und der Mann dann Recht habe, da man ja den Arbeiter nicht als gleichberechtigt anerkenne. Redner kommt dann auf die französische Revolution zu sprechen und führt aus, daß dort die Führer des dritten Standes, (einen vierten, den Lohnarbeiterstand kannte man noch nicht) auch zum Henker desselben wurden. Und so ähnlich würde es im Zukunftsstaat, dessen Eintreten er allerdings für ausgeschlossen halte. Er sei zwar kein Prophet und kein Messias, ja die führenden Geister in der Sozialdemokratie selbst müßten nicht, wie es in diesem Zukunftsstaate ansichauen soll, aber das eine könne man mit Bestimmtheit sagen: „gearbeitet müßte auch im Zukunftsstaate werden und zwar genau so, wie im Gegenwartsstaate, und angenommen, man würde die 20% der Produktion, die heute nach dem Auslande exportiert werden, abstoßen und die Produktion nur auf den Inlandsbedarf beschränken, so wären immer noch 72% zu produzieren und hier käme die Frage: „Wer soll diese produzieren?“ Die Arbeiter sie würden sagen: „Wir haben 10, 20, 30 Jahre geschafft, wir haben Tag und Nacht gearbeitet, wir haben geduldet, geduldet, haben uns Entbehrungen aller Art auferlegt, nun aber arbeiten wir nicht mehr. Jetzt kommen die dran, die bisher noch garnichts getan haben. Streife man nur die oberen Zehntausend die überhaupt nicht arbeiten können ab, und man im Zukunftsstaate doch auch Gelehrte brauchen würde um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, so ergebe sich, daß noch Millionen von Arbeitern mitarbeiten müßten. Freiwillig würde niemand arbeiten und da würden dann die Worte im Sinne eines Bebel, eines Liebknecht Anwendung finden, die da besagen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, und wer nicht pariert, der fliegt und an Stelle der bisherigen Pflicht zur Arbeit, würde die brutale Gewalt treten. Aus all dem, was er hier angeführt habe, gehe hervor, daß das Christentum, die Weltanschauungsfrage, mit der Arbeiterbewegung wohl was zu tun habe, gehe aber auch hervor, daß kein logisch denkender Mensch kein Sozialdemokrat, kein freier Ge-

werkchaftler sein könne. Anders sei es mit den christlichen Gewerkschaften. Diese bestreben nur Forderungen, die sich in dem bestehenden Staate, in der bestehenden Gesellschaftsform realisieren lassen. Allerdings, wie die Arbeiterbewegung in Konfessionen getrennt wissen wollte, der verständige sich schwer am Arbeiterstande, der werde zum Verräter desselben. Hier müsse man es bedauern, daß eine Richtung, die Berliner Richtung entstanden sei, die die kath. Arbeiter in zwei Lager teile, weil sie den Streik, das letzte Mittel welches dem Arbeiter gegeben, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, als mit der christlichen Moral nicht vereinbar halte. Die christlichen Gewerkschaften seien sich dessen bewußt, daß sie noch einen schweren Kampf mit dieser Berliner Richtung auszukämpfen habe. Es sei zugegeben, man habe auch auf christlicher Seite Fehler gemacht, aber nachdem in letzter Zeit selbst die Fachabteilungen einsehen mußten, daß ohne den Streik nicht auszukommen sei, sollte doch diese so ehrlieh sein und die Verfehlungen eingestehen. Es habe sich erst in allerletzter Zeit ein überaus trauriges Bild gezeigt, nämlich auf der Buchhändler-Hütte. Fachabteilung, sozialdemokratische Gewerkschaft und Herr Dr. Tille Arm in Arm gegen den christlichen Metallarbeiterverband. Redner empfand nun diese Richtung nicht durch radikales Draufgängertum zu bekämpfen, sondern in ruhiger gemessener Weise diese Leute von ihrem Wahne zu befreien. Einen großen Beifallsturm lösten diese Ausführungen aus, als er dieselben schloß mit den Worten: Uns gehört die Zukunft. In der Diskussion erhielt das Wort Kollege Sprenger, welcher nochmals eingehend über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften sprach, dabei auch auf die Rede des Herrn Handelsminister Dellbrück zu sprechen kam und seine Ausführungen dahin ausklangen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht zu jedermanns Gefallen oder Mißfallen, sondern um ihrer selbst willen da wären. Weiter beteiligten sich an der Diskussion noch die Kollegen Schütze, Theissen und Böhmke, worauf Kollege Klost das Schlusswort erhielt und dabei noch auf den freien Metallarbeiterverband zu sprechen kam. Es sei ein großer Verband, der augenblicklich mehr als 300 000 Mitglieder verfüge aber auch über eine leere Kasse. Er stehe nicht an, zu behaupten, daß dieser Verband in den letzten Jahren seine ganzen Streiks bloß deshalb geführt habe, um seinen Mitgliederhunger zu stillen und deshalb überall das Fiasko und Niederlagen. Nur in den christlichen Gewerkschaften würden die wahren Interessen der Arbeiter vertreten und darum sei es auch Pflicht aller Arbeiter, sich diesen Gewerkschaften anzuschließen. Redner geht nun noch näher auf den Zusammenschluß der Ortsgruppen ein und betont, daß in der Zentralisation die Kraft liege und auch so die Möglichkeit gegeben sei, einen Beamten freizustellen, was unbedingt nötig sei, um die Agitation so zu betreiben, daß wir in die Lage versetzt werden, überall ein Wort mitzusprechen zu können.

Kollege Faupel dankte den Referenten für ihre trefflichen Ausführungen und gab die Versicherung, daß wir hier am Orte auch weiterhin auf dem Posten sein werden und gerade dieser Kongress ein mächtiger Ansporn sein sollte, die christlichen Gewerkschaftsbewegung immer weiter hineinzutragen in die Reihen der Arbeiter. Mit einem Hoch auf die beiden Referenten und die ganze christliche Gewerkschaft wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 7. August hielt unsere Ortsgruppe im Smineminder Gesellschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Winter über „Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ sprach. Die Tagesmeinung, so führte Redner aus, sei in weiten Kreisen der Arbeiter unchristlich, sozialistisch. Von der Sozialdemokratie erhoffe die nichtchristliche Arbeiterschaft einzig u. allein Hilfe. Wer nicht blindlings mitmache, gelte als dumm und rückständig. Die Sozialdemokratie halte heute die nichtchristliche Arbeiterschaft genau so in Bann wie das Manchesterium das Bürgertum des vorigen Jahrhunderts im Bann gehalten habe. Gleich wie das Manchesterium damals dem Volk alles mögliche versprochen, was erreicht werde, wenn sie die Mehrheit im Parlament hätten, glaube auch die Sozialdemokratie, falls alle Arbeiter für sie eintreten, das verloren gegangene Paradies auf Erden wiederherzustellen. Habe das Manchesterium das Volk schwer enttäuscht, es zur seine Zwecke mißbraucht und Geleße geschaffen, um die Arbeiter niederzuhalten — das Dreiklassenwahlsystem und § 153 der Reichsgewerbeordnung seien sprechende Beweise — und so den Widerspruch der Volksmasse auf sich geladen, so würden auch der Sozialdemokratie die Arbeitermassen einst verurteilend den Rücken kehren. Schon heute sei das angebliche wissenschaftliche, sozialistische Programm, wo von einer Verwirklichung nicht entfernt die Rede sein könnte, am Abbröckeln. Der Streit auf dem Dresdener Parteitag, die Affäre der „Vorwärts“-Redaktion, die Debatten über Marxeier und Enthüllungen über den Generalkrieg zeigten die Hilflosigkeit der Sozialisten in grellem Licht. Der -Rim-

nerer", ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsorgan, schreibt in Nr. 29 von 1905: Die sozialdemokratische Partei befindet sich in einer unangenehmen Situation, die immer schlimmer zu werden drohe. Die wichtigsten Parteiführer hätten sich teils als unhaltbar, teils als zweifelhaft herausgestellt. Die Partei gleicht einem schwankenden Schiffe. Der Parteigenosse bemächtigt sich ein nervöses Gefühl. In den Arbeitermassen sei zwar noch ein starker Glaube an die Zukunft der Partei vorhanden, aber bei den Parteiführern und in der Parteipresse sei dies nicht mehr der Fall. Auf christlichem Boden stehende Männer hätten die Unfruchtbarkeit und Unhaltbarkeit der sozialdemokratischen Lehren, die der „Zimmerer“ eingeführt, längst eingesehen und ein wirklich freie christliche Arbeiterbewegung gebildet. Ihr werde die Zukunft gehören. Redner besprach des Näheren die Einwände, die seitens der Sozialisten gegen die christliche Arbeiterbewegung erhoben werden. Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe trotz ihrer Jugend mehr finanziell für die Arbeiterkraft geleistet, als dies bei den Sozialisten im gleichen Alter der Fall war. Der heute 300 000 Mitglieder zählende sozialdemokratische Metallarbeiterverband habe 1891 bis 1894, 23 bis 26 000 Mark Streikunterstützung gezahlt, was pro Jahr und Mitglied 8 Tlg. ausmache, während der christliche Metallarbeiterverband im Jahre 1905 über 100 000 Mark an Unterstützung solcher Art gezahlt habe, was auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes mehr als 5 Mark betrage. Redner mahnte zur eifrigen Agitation für den christlichen Organisationsgedanken. Nur wenn mit der organisierten Macht der Arbeiter auch die Wiedereinführung der christlichen Sittengesetze in der Gesellschaft verwirklicht werde, sei eine wahre Hebung der Arbeiterlage möglich. Dieses zu erreichen, sei Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung. An der Diskussion beteiligten sich auch Sozialisten, die jedoch nichts von Belang auszuführen wußten.

Dresden. In der am 31. Juli stattgefundenen, vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufenen öffentlichen Versammlung, welche von 600 Personen besucht war, referierten die Kollegen Nimmeler-Greiz und Bergmann-München über „die Kämpfe und Strömungen in der deutschen Arbeiterchaft“. Kollege Nimmeler schilberte in eingehender Weise die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter, was heute um so dringlicher sei, da sich die Unternehmer immer fester in Arbeitgeberverbänden zusammenschließen. Des weiteren entwarf Redner ein Bild über die Arbeiterkämpfe in den letzten Jahren und bezeichnete als Befestigung derselben den Abschluß von Tarifverträgen. Unter lebhaftem Beifall schloß Kollege Nimmeler seine Ausführungen. Der zweite Referent, Kollege Bergmann, beleuchtete die verschiedenen Strömungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratischen Genossen seien auf Grund ihres Klassenkampfsprinzips nicht in der Lage, die sozialen Gegensätze zu beseitigen und den Arbeitern den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Eine Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden des blanken Materialismus stehe, müssen naturgemäß in sich selbst zusammenbrechen. Mit kurzen Worten streifte Redner sodann die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die eine Bedeutung bis heute nicht erlangt hätten. Zählen sie doch trotz ihres 38-jährigen Bestehens nur 120 000 Mitglieder. Im weiteren Verlauf gab Kollege Bergmann ein umfassendes Bild der christl. Gewerkschaftsbewegung. Schon der Umstand, daß die christl. Gewerkschaften in den wenigen Jahren ihres Bestehens eine Viertelmillion Mitglieder zählt, beweise, daß man es hier mit einer gesunden Bewegung zu tun habe. Redner wandte sich gegen die katholischen Fachabteilungen, welche nur eine Zerstückelung in die christl. nationale Arbeiterbewegung getragen hätten und somit in gewissen Beziehungen der Sozialdemokratie Vorspannblende leistete. Mit der Mahnung, kath. und evang. Arbeiter sollen sich im wirtschaftlichen Leben die Hand reichen, schloß der Referent unter stürmischen Beifall seine interessanten Ausführungen.

In der nun folgenden Debatte kam es zu einem schweren Wortkampf zwischen den Vertretern der christl. Gewerkschaft einerseits und denen der kath. Fachabteilung andererseits. Hatten doch letztere schleunigst Hilfe von Berlin verlangt und siehe da, sie ward ihnen zu teil. Der aus dem Saargebiet bekannte Herr Richter war mit Wolldampf in Dresden angelangt und glaubte hier reiche Ernte halten zu können.

Er hatte sich aber gewaltig geirrt, indem seine Ausführungen, welche an Konfusion nichts zu wünschen ließen, trefflich vom Kollegen Schwarzer-München, widerlegt wurden. Noch kläglich fiel Herr Sekretär Matijef-Dresden (kath. Fachabt.) aus der Rolle, dieser meinte, für ihn gebe es überhaupt keine Interkonfessionalität,

seine weiteren unklaren Ausführungen riefen ein allgemeines Gelächter bei den Anwesenden hervor, was Herrn Matijef veranlaßte schleunigst zu verschwinden. Ein weiterer Redner (Soz.) meinte, man möge nur einige Jahre so fortwirtschafte, dann würden die freien Gewerkschaften, der lachende dritte sein. (Das möchten sich die „Berliner“ etwas hinter die Ohren schreiben). Zu seinem Schlußwort verstand es Kollege Bergmann, die Gegner abzufertigen und den Beweis zu erbringen, daß nur die christlichen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter vertreten könnten.

Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Anwesenden, auch weiterhin an der Entwicklung der christl. Gewerkschaften mitzuarbeiten, schloß derselbe die Versammlung, die für uns nicht ohne Erfolg war.

Kiel. Wenn unser Organ bisher nur äußerst selten von der Kieler Ortsgruppe in Anspruch genommen wurde, so ist dies doch kein Zeichen, daß in Kiel nichts gewerkschaftliches geleistet wird, sondern auch hier wird tüchtig für die christliche Gewerkschaftsfrage gearbeitet. Dies bewies besonders unsere letzte Mitgliederversammlung am 11. August, die sehr gut besucht war, wie überhaupt im letzten halben Jahre alle Versammlungen sich einer regen Beteiligung erfreuten. Als erster Punkt wurde die Abrechnung vom 2. Quartal vom Kollegen Hirsch verlesen. Hieraus ergab sich, daß die Ortsgruppe Kiel auch im 2. Quartal vorwärts geschritten ist. Dem Kassierer wurde für seine gute Kassensführung Dank ergötzt. Darauf hielt Kollege Helde einen Vortrag über Tarifverträge. In seinen 1/2-stündigen Ausführungen ging er auf das Wesen der Tarifverträge ein. Er führte aus, daß ein immer größerer Teil der Unternehmer sowohl wie auch der Arbeiterschaft den Nutzen der Tarifverträge erkannt haben. Nur gut geleitete Organisationen sind befähigt, Verträge mit den Unternehmern abzuschließen und gewähren dieselben auch die Bürgschaft, daß dieselben auch gehalten würden. Eine der Hauptaufgaben unseres Verbandes müsse es sein, auf Tarifverträge hinzuwirken. Zum Schluß ging der Referent noch einmal auf den Durbacher Streik ein und wies darauf hin, daß unser Verband große Vorteile dort errungen hat, ein großer Erfolg ist es dort, die freie Ausübung des Koalitionsrechts. Wenn der freie Metallarbeiterverband auch bemüht ist, diese Erfolge zu verkleinern oder gar abzuleugnen, so soll uns das wenig kümmern. Derselbe kann ähnliche Fälle nicht aufweisen. Der Redner wies auf ein Vorkommnis auf einer fiskalischen Werft in Rendsburg hin, hier waren ungefähr 80—100 Mann im freien Metallarbeiterverband organisiert. Der dortige Direktor forderte die Arbeiter auf, aus dem Verband auszutreten oder sonst wären sie entlassen. Was tat da der große Metallarbeiterverband, er forderte seine Mitglieder auf, sich in Rendsburg abzumelden und sich in einer anderen Zahlstelle wieder anzumelden. Der große Metallarbeiterverband mit seinen 300 000 Mitgliedern hat also nicht einmal soviel Macht für seine 80—100 Mitglieder das Koalitionsrecht zu fordern. Dieses Vorkommnis beweist, daß der freie Metallarbeiterverband keinen Grund hat, sich auf hohe Pferde zu setzen und die Erfolge unseres Verbandes zu verkleinern. In der sich hieran anschließenden Diskussion an der sich besonders die Kollegen: Mau, Kalktha, Mebel Schmidt, Oppe und Gziska beteiligten, wurde noch manches ergänzt und mancher Punkt einer Klarstellung unterzogen. Möchten sich besonders auch die jüngeren Kollegen recht eifrig an der Diskussion beteiligen. Zum Schluß wurde noch einmal am 19. August stattfindende Sommervergütungen der vereinigten christlichen Gewerkschaften Kiels hingewiesen, welches in „grünen Kranz“ in Dietrichsdorf bei Kiel gefeiert wurde.

Dienstadt. Eine große Anzahl unserer Kollegen scheint zur Zeit sich ihrer Pflicht als christlicher Metallarbeiter nicht bewußt zu sein, insbesondere des Besuchs der Versammlung. Es ist daher notwendig, die betreffenden Kollegen einmal mittelst unseres Organs aus ihrem jetzt schon scheinbar angetretenen Winterschlaf aufzuwecken.

Kollegen Offenbach und Umgehung, wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, die zum Denken Anlaß gab, so gilt das namentlich von der Jetztzeit, denn gewaltige Wolken zeigen sich in unserem Bezirk am wirtschaftlichen Horizonte, die zu außerordentlicher gewerkschaftlicher Kleinarbeit drängen sollten. Ganz besonders nötig wäre es aber zum mindesten, daß unsere Kollegen sich etwas mehr wie bisher den Versammlungsbesuch angelegen sein lassen. Erinnern werden sich die Kollegen, als die Metallarbeiterausperrung vor der Tür stand, die Kollegen größtenteils ihre Kündigung in der Tasche hatten, der Dinge harrend, die da kommen sollten, da waren dieselben fast vollzählig in den Versammlungen anwesend. Man glaubte, unser Versammlungsbüro

musste so bald wie möglich vergrößert werden. Als dann aber die Unternehmer vorläufig „gute Miene zum bösen Spiel machten“, die Kündigungen wieder zurückzogen, da glaubten auch unsere Kollegen, sei alles wohl bestellt, man hätte jetzt nicht mehr notwendig, die Versammlungen zu besuchen und in der Kleinarbeit sich zu betätigen.

Kollegen, daß muß anders werden, denken wir als christliche Metallarbeiter nach über unsere Lage wir werden sehen, daß wir noch eine Kleinarbeit zu bewältigen haben und daß es die Ausspannung der Kraft der gesamten Kollegen bedarf, daß begonnene Kulturwerk zu vollenden und daß wir die zu leistende Arbeit unserem Stande sowohl als auch unserer Familie gegenüber zu leisten verpflichtet sind. Wohl wissen wir, daß hier ein äußerst schwerer Posten auszufüllen ist, als christlicher Metallarbeiter, aber das gerade sollte uns erst recht freuen, auf einer so schwierigen Stelle für unsere christliche Arbeiterschaft kämpfen zu dürfen, daß wir einerseits uns die Anerkennung der Arbeitgeber erringen, die man heute uns glaubt noch vorzuenthalten zu dürfen, und andererseits Sorge tragen, daß der Machtdünkel des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes so bald wie möglich auch hier einmal gebrochen wird.

Kollegen, daß ist aber nur möglich, wenn die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.

Aufgewacht! Kollegen! Aufgewacht! und nun heran die Arbeit laßt; nur mutig fortgebaut, zu Gott emporgeschaut, auf eigne Kraft vertraut, und Mann an Mann.

L. F.

Versammlungs-Kalender.

- Nachen I. Sonntag, den 26. August Ausflug durch das Kurmtal. Abmarsch punkt 2 1/2 Uhr, ab „Gut Knipp“, Krefelderstr.
- Bochum. Sonntag, den 26. August, morgens 11 Uhr im Lokale des Herrn Wilmes, Klosterstraße, Mitgliederversammlung.
- Duisburg. Sonntag, den 26. August, morgens 11 Uhr bei R. Ppenbura, Wanheimerstraße.
- Essen-Altenhof. Sonntag, den 26. August, morgens 11 Uhr bei Wink Versammlung mit Vortrag.
- Essen-Berge-Forbeck. Sonntag, den 26. August, morg. 11 Uhr bei Fortmann Versammlung mit Vortrag.
- Essen-Forbeck-Schönebeck. Sonntag, den 26. August, morgens 11 Uhr bei Hausmann Versammlung mit Vortrag.
- Essen-Frohnhagen. Sonntag, den 26. August, mittags 2 Uhr (pünktlich) beim Wirt Sammacher, Zutreten zum Abmarsch nach Dorps. Dasselbst Familienfeier, Kinderbelustigung u. Vortrag.
- Essen-Ortsverwaltung. Sonntag, den 26. August, nachm. 3 1/2 Uhr Versammlung bei Dinges (Alteneffen) für die Sektionen Bottrop, Dillwig und Alteneffen.
- Erlangen. Samstag, den 1. Sept., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Klopping“.
- Großenbaum. Nächste Versammlung Sonntag, den 26. August, nachmittags 5 Uhr bei J. Bräutigam.
- Gerne. Samstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus (Stemberg) Mitgliederversammlung.
- Kalk. Samstag, den 25. August, abends 9 Uhr b. Schorob.
- Köln-Denk. Samstag, den 25. August, abends 9 Uhr.
- Offenbach. Mittwoch, den 29. August, abends 9 Uhr bei Meier Fernstraße.
- Schwachendorf. Sonntag, den 26. August, nachmittags 5 Uhr bei Müllmann.
- Schulte. Nächste Versammlung findet nicht am Sonntag, sondern Samstag Abend 8 Uhr statt.

Tüchtige solide **Feilenhauer** auf Mittelarbeit sofort gesucht. Guter Lohn (süddeutscher Tarif). Zu melden bei **G. Scherer**, Offenbach a. M. Fernstr. 26.

Unsern werten Kollegen
Frd. Cidter nebst Braut **Gertrud Dörpinghaus**
 zu ihrer Vermählung
 die herzl. Glück- und Segenswünsche
 Die Sektion Kupferdreh-Essen.

Nachruf.
 Am Montag, den 13. August verschied unser treuer Kollege
Wilhelm Finken
 Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren bleiben.
 Die Kollegen der Ortsverwaltung Essen.

Nachruf
 Am 12. August verschied unser treuer Kollege, nach
 kurzen Leiden
Michael Bühler
 Derselbe war seit 6 Jahren ein eifriges Mitglied unseres
 Verbandes. Sein Andenken bleibt bei uns in Ehren.
 Die Ortsgruppe Mainz.